

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnements 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühren**  
 beträgt für die 3 gespaltene Beitzelle oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

### Der Reichstag und die Parteien.

Nationalliberale und Konservative haben es sich zur Aufgabe gemacht, in der Presse und in Versammlungen möglichst den Reichstag zu schmähen und herabzusetzen. Es erinnert das an jene zwei bayrischen Müllerburischen, die sich gleichfalls in sehr unehrlicher Weise über den Reichstag ausgesprochen hatten und zu deren Bestrafung die Regierung die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichstages verlangte. Allein der Reichstag lehnte nach einem Referat des Dr. Alexander Meyer unter allgemeiner Heiterkeit die Bestrafung der beiden Missethäter ab, da er mit Recht annahm, daß er durch ein Wirthshausgespräch zweier oberbayrischen Müller nicht beleidigt werden könne. In der jüngsten Entrüstungs-Kampagne sind jene beiden großen Müllerburischen durch die offiziosen und nationalliberalen Blätter in den Schatten gestellt worden; eine Fluth von Schimpfworten hat sich über das Parlament ergossen, die selbst die ältesten und zungenfertigen Fischfrauen und Höherinnen zur Bewunderung hingerissen haben muß. Wird die Regierung auch die Zustimmung des Reichstages zur Verfolgung der konservativen und nationalliberalen Presse begehren, um die Ehre des Reichstages zu wahren? Nun, der Reichstag würde sicherlich auch in diesem Falle seine Zustimmung verweigern, denn die deutsche Nationalvertretung als solche steht denn doch thurnhoch über Angriffen dieser Art.

Das heißspornige Auftreten der Nationalliberalen gegen den Reichstag macht in allen Punkten den Eindruck der Uebertriebenheit. Hat doch in einer „Entrüstungs“-Versammlung zu Stuttgart ein nationalliberaler Abgeordneter — nach den Berichten von Stuttgarter Lokalblättern — sich dahin geäußert, er wäge es eigentlich kaum, in einer nationalliberalen Versammlung zu erscheinen, da er dem Reichstage angehöre, dessen Majorität den Beschluß vom 15. December gefaßt habe! Was hinderte diesen musterhaften Nationalliberalen übrigens, sein Mandat niederzulegen und damit seinem Nummer ein Ende zu machen?

Ist es schon jemals dagewesen, daß eine parlamentarische Körperschaft als solche von einer einzelnen Partei, die doch zahlreich darin vertreten ist, nur deshalb so sehr angefeindet wurde, weil eben diese Partei nicht die Majorität in dem Parlament besaß? Kaum; wenn übrigens die Nationalliberalen hoffen, durch den Terrorismus, wie sie ihn gehandhabt haben und der sich an einzelnen Orten bis zur thätlichen Mishandlung polnischer Gegner verließ, die öffentliche Meinung und den verlorenen politischen Einfluß wieder für sich zu gewinnen, so sind sie im Irrthum. Davon werden sie sich jetzt vielleicht schon selbst überzeugt haben. Und der Gesichtsverlust, den das deutsche Volk am

Nationalliberalismus finden soll, ist sicherlich dadurch nicht gestiegen, daß hinter den Nationalliberalen gleich der nicht gerade rühmlich bekannte Herr Liebermann von Sonnenberg auf der Bildfläche erschien und „den sogenannten Reichstag“ mit den gewohnten groben Schmähungen überhäufte. Nun, es wird sich trotz alledem kein Wahlkreis finden, dessen Wähler etwa Lust haben könnten, dem Herrn Liebermann v. Sonnenberg ein Mandat zu übertragen.

Wir gehören sicherlich nicht zu den überschwenglichen Verehrern des Reichstages, wir sind von den Leistungen seiner Majorität gar nicht sonderlich begeistert und die Schwächen des Repräsentativsystems überhaupt sind uns vielleicht klarer als manchen anderen Leuten. Allein man muß den Reichstag doch als den populärsten Faktor unserer gesetzgebenden Gewalt anerkennen und Jedermann wird sich sagen: „Unter den heutigen Verhältnissen ist es besser, daß wir diesen Reichstag haben, als daß wir keinen haben.“ In den Resultaten des allgemeinen Wahlrechts kommt wenigstens im Allgemeinen die Volksstimmung zum Ausdruck und daraus könnten die Herren Nationalliberalen schon entnehmen, daß sie gar kein Recht haben, sich als die einzigen Repräsentanten des deutschen Volkes zu geben.

An diesem deutschen Reichstag ist gewiß viel zu tadeln und noch mehr an seinen Vorgängern. Allein wer trägt denn die Schuld daran, wenn die Sympathien der Volksmassen für die Nationalvertretung bis zu einem gewissen Grade geschwunden sind? Doch Niemand mehr, als gerade die Herren Nationalliberalen, die zur Zeit ihrer Macht alles nur Mögliche gethan haben, das Ansehen des Parlaments zu schwächen und seinen Einfluß herabzumindern. Hat vielleicht die bekannte Kompromisspolitik des Herrn v. Bennigsen dazu beigetragen, das Ansehen des Reichstages zu erhöhen? Das behaupten nur die Nationalliberalen selbst.

Die Nationalliberalen sind diejenige Partei, die für Alles zu haben ist; es giebt in der That auch nichts, was sie jemals ernstlich abgelehnt hätte. Es hat eine Zeit gegeben, da diese Partei bemüht war, die politische Charakterlosigkeit zu einer Parteitugend zu erheben. Das hat denn auch Wirkungen gehabt, aber ganz andere, als die nationalliberale Partei erwartete; das Volk wendete sich ab und die Partei zerfiel. Sogar Herr v. Bennigsen hielt die nationalliberale Sache gegenwärtig für so unmöglich, daß er die Hinte ins Korn warf. Und nun machen die Herren trotz alledem einen solchen Spektakel, indem sie sich gederben, der Reichstag sei ganz überflüssig, so lange er nicht eine nationalliberale Majorität habe.

Aus Volkswahlen wird eine nationalliberale Majorität nimmermehr hervorgehen. Die Herren mögen sich also etwas mehr ruhig Blut zulegen. Das nationalliberale Gebiet erstreckt sich heute wohl noch über eine Alique von

Beamten, Bankdirektoren, Advokaten und Journalisten; eine Volksbewegung aber steht nicht hinter dem Nationalliberalismus. Der gänzliche Verfall dieser Partei ist nur noch eine Frage der Zeit. Sie thäte am Besten, ganz in den Konservativen aufzugehen, dann brauchte sie das von ihr so sehr in Mißkredit gebrachte Wort „liberal“ auch nicht mehr anzuwenden.

### Politische Uebersicht.

**Schutzoll oder Freihandel?** Diese Frage giebt noch immer zu lebhaften Diskussionen Anlaß und gegenwärtig ganz besonders deshalb, weil in nächster Zeit die Schöpfung der Kornzölle den deutschen Reichstag beschäftigen wird. Den Landwirthen muß geholfen werden! Das ist die Parole, mit der man diesen Feldzug für Verdoppelung oder gar Verdreifachung des Getreidezollens beginnt. Ein „Schutzoll“ soll es sein, um den angeblich bevorstehenden Verfall der Landwirtschaft zu verhindern. Sonderbar und höchst auffallend erscheint aber diese Agitation für die Landwirthe immerhin, und auch dann noch, wenn — wie wir annehmen wollen — ein Theil derselben sich in einer schlechten Lage befindet. Denn auf industriellen Gebieten ist die Situation ebenfalls keine glänzende und die Landwirthe haben gewiß noch keine Ursache, den industriellen Arbeiter zu beneiden. — Die Lage der Industrie-Arbeiter bedarf viel dringender der Verbesserung, als die der Herren von der Landwirtschaft, ausgenommen die ländlichen Arbeiter. — Wenn doch die Herren Agrarier auch einmal ihre Stimme zu Gunsten ihrer Arbeiter im Parlamente erheben wollten! Aber in dieser Beziehung herrscht über allen Wipfeln Ruh. Und doch wäre das gewiß sehr nöthig, denn die ländlichen Arbeiter, welche doch zum größten Theil ihr Brod kaufen müssen, werden von dem Segen des Schutzolls auf Korn kaum etwas verspüren, wohl aber höhere Brodpreise zahlen, resp. sich mit kleinerem Brode zufriedengeben müssen. — Die „Nordd. Allg. Zig.“, welche bekanntlich einen streng schutzollnerischen Standpunkt einnimmt, brachte vor einigen Tagen einen Artikel, aus welchem hervorgeht, daß in dem von den Freihändlern stets als corpus delicti für die Herrlichkeit ihres Prinzips zitierten England, eine weit größere Summe durch Bülle auf relativ nothwendige Bedürfnisse aufgebracht wird, als in den übrigen Staaten Europas.

Für das Jahr 1881, das letzte, über welches die Zahlen vollständig vorliegen, steht die Sache so:

	Bevölkerung	Einfuhrzölle
Oesterreich-Ungarn	37 786 346	2 953 000
Rußland	83 659 321	8 887 000
Deutschland	45 334 001	9 349 000
Frankreich	37 221 186	13 096 000
Großbritannien und Irland	35 003 789	19 210 000

Hierzu bemerkt die genannte Zeitung: „Alle diese Länder mit Ausnahme von England sind schutzollnerisch, werden von dem Cobden-Klub als abschreckendes

es ihr oblag, die Honneurs des Hauses zu machen, so unterzog sie sich bei diesem vornehmen Besuch dieser Pflicht mit einer ganz besonderen Sorgfalt. Mit ausgesuchter Zuverlässigkeit bewillkommnete sie den Fremden.

„Habe ich die Ehre, die Tochter des Herrn Rodenburg zu sehen?“ fragte der Fremde.

„Nein, mein Herr,“ erwiderte Emmy ein wenig verlegen, „nicht die Tochter, nur eine Verwandte des Herrn Rodenburg. Er hat mich mit der Leitung seines Hauswesens betraut, da er stets kränklich und ganz allein ist, und mir liegt die angenehme Pflicht ob, die Gäste des Herrn Rodenburg willkommen zu heißen und zu sorgen, daß ihnen der Aufenthalt in Feldbau so angenehm wie möglich sei.“

„Sehr freundlich, meine Dame, sehr liebenswürdig,“ sagte der Fremde galant, ohne in dem stereotypen Ernst seiner Züge die geringste Veränderung eintreten zu lassen.

„Haben Sie die Güte,“ für Emmy fort, „unserer Wirthschafterin zu folgen. Sie wird Ihnen ein Zimmer anweisen, und ich werde sofort den Dattel Rodenburg von Ihrem Besuch in Kenntniß setzen.“

„Ich danke Ihnen, Miß! Mein Aufenthalt hier wird nicht lange sein, und ich will Sie und Herrn Rodenburg nicht belästigen, um so weniger, da ich höre, daß derselbe krank ist. Ich lernte vor einem Monat in Berlin einen Herrn kennen, welcher, wie ich hörte, sich hier aufhält.“

„Ah!“ rief Emmy erfreut, welche sich in diesem Augenblick erinnerte, daß Herr sich Amberg vor einem Monat ja in Berlin aufgehalten habe und annahm, daß der Fremde keinen Anderen als ihn meinen könnte. — „Der Herr, von welchem Sie sprechen, ist mein Dattel.“

„So so, sehr erfreut! — Ich komme hierher, um diesen ehrenwerthen und vortrefflichen Herrn zu sprechen. Selbstverständlich mache ich auch Ihrem Verwandten, Mr. Rodenburg, meine Aufwartung. . . Haben Sie die Güte, ihm den Lob von Kümmare zu melden.“

### Feuilleton.

#### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Duz.  
(Fortsetzung.)

„Dachte ich mir's doch gleich, daß Sie nichts davon in hat wüßten. . . Anfänglich habe ich geglaubt, daß diese L. gewöhnlich auf den Schulbesuch der ärmeren Kinder nicht so großem Einfluß sein würde, da ja die meisten Arbeiter in Feldbau so situiert sind, daß sie das Schulgeld für ihre Kinder bezahlen können; allein als die beträchtliche Schmälerung der Löhne hinzutrat, da stellten sich die schlimmen Folgen dieser Maßregel in abschreckender Weise heraus.“

„Das kann ich mir denken,“ sagte Rodenburg. „Ich anke Ihnen, daß Sie mir Mittheilung darüber gemacht. Ich werde Anstalten treffen, daß die Maßregel sofort revidiert wird. . . Wie nur Herr Harder dazu gekommen ist? Er muß das auch gegen das Wissen meines Freundes Amberg angeordnet haben, denn dieser, als Prediger, würde eine solche Ersparniß am allerwenigsten gebilligt haben.“

„Ehrlich schüttelte den Kopf. „Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Harder allein beschuldigen dürfen. . . Zu der Zeit, als Brand noch die Verwaltung hatte, und Fräulein Lucie Rodenburg Ihr Vertrauen besaß, da wären dergleichen Maßregeln unmöglich gewesen. . . Ich fürchte, Herr Rodenburg, Sie sind jetzt nicht so gut berathen, wie damals.“

Rodenburg schwieg eine Weile nachdenkend, dann seufzte tief auf und sagte:

„Ich mag es nicht glauben. . . Diejenigen, welchen ich vertraute, täuschen mich. Sollten auch Diejenigen, welche mir jetzt Freundschaft beweisen, nicht ehrlich sein? . . . Das ist unmöglich!“

Wieder schwie er, und seine niedergeschlagene Miene zeigte dem alten Freunde aufrichtiges Mitleiden ein.

„Herr Rodenburg,“ sagte er, „ich habe Niemanden verurtheilt, daß sei ferne von mir. Wenn ich sage,

Sie sind jetzt nicht so wohl berathen, wie damals, so meine ich nur, daß Diejenigen, welchen Sie jetzt das Regiment übergeben haben, nicht ganz so in Ihrem Sinne handeln, wie es Brand und Lucie thaten.“

„Mein Himmel, ist es nicht genug,“ rief Rodenburg aus, „daß das Schicksal mich betrog in allen meinen Lebenshoffnungen! Soll ich auch noch von Denen betrogen werden, welche sich meine Freunde nennen?“

#### Zwölftes Kapitel.

Die Unterredung zwischen Herrn Rodenburg und dem alten Ehrlich, in Folge deren das Barometer Amberg's bedeutend in's Sinken gerieth, wurde durch einen Zwischenfall ganz unerwarteter Art unterbrochen. Eine Extrapostkutsche fuhr auf der Rampe des Schlosses vor, und als Charlotte zum Empfang der Angekommenen erschien, sah sie am Wagenhügel einen Mann stehen, mit einem langen Rod, der ihm bis auf die Knöchel herabreichte, in gelben Stulpenstiefeln und einem Hute mit einer seltsamen Kokarde.

Er trug über dem Arm eine Reisetasche und einen Plaid, mit der anderen Hand öffnete er den Schlag, indem er gleichzeitig respektvoll seinen Hut zog.

Aus dem Fond des Wagens stieg ein sehr fein gekleideter Herr im Reisezuge, welcher sich in gebrochener Deutsch an die sehr ehrerbietig knigende Wirthschafterin wandte:

„Trefte ich Herrn Rodenburg anwesend in seinem Schlosse?“

„Ja wohl, mein Herr!“ antwortete sie zuvorkommend. „Herr Rodenburg ist immer zu Hause. . . Kränklichkeit und Widerwillen gegen alles Reisen hindert ihn überhaupt, das Schloß zu verlassen. Wollen Sie die Güte haben, näher zu treten, damit ich Sie zuvörderst in ein Zimmer führe!“

Der Klang des Posthorns hatte auch Emmy herbeigerufen; diese war nicht weniger erstaunt als Charlotte. Daß sie es mit einem sehr vornehmen Herrn zu thun hatte, sah sie auf den ersten Blick, und ebenso erkannte sie das Fremdartige in seinem und des Bedienten Aeußern. Da

Beispiele vorgeführt, als Verkünder des glorreichen Evangeliums, welches angeblich England die unschätzbare Wohlthat jollfreier Einfuhr gewährt hat. Wie wurden diese 19 Millionen Lstr. in der gesegneten Heimath des Freihandels 1881 aufgebracht?

Von Tabak . . . . .	8 658 947 Lstr.
„ Thee . . . . .	3 865 720 „
„ Branntwein . . . . .	4 443 607 „
„ Wein . . . . .	1 376 219 „
„ Kaffee . . . . .	200 000 „
„ Kakao, getrockneten Früchten, Bier u. a. Artikeln . . . . .	665 022 „
Summa . . . . .	19 210 466 Lstr.

Von dem dekaritren Werthe betragen die Bölle bei Wein, dem Luxus der Reichen, 3,7 pCt., bei Kaffee, den der Wohlhabende trinkt, 4,1 pCt., bei Thee, dem Tröster der Mittelklassen, 36,6 pCt., bei Branntwein, in dem der arme Mann Erhaltung und Vergessen sucht, 222,2 pCt., bei Tabak, dem Freunde Aller, 310,9 pCt.

Wenn diese Statistik auf richtiger Grundlage beruht, woran wir nicht zweifeln wollen, dann liefert sie allerdings auf die Neue den Beweis, daß die Freihändler durchaus keine Ursache haben, sich auf das „freihändlerische“ England, als das Land, welches seine guten wirtschaftlichen Verhältnisse dem Freihandel zu verdanken habe, zu berufen. Für die Tendenz der „Nord-Allg. Zig.“ sprechen diese positiven Zahlen durchaus nicht, sie liefern im Gegentheil den Beweis, daß — wie dies genannte Zeitung selbst anerkennen muß — diese ungeheuren Summen zum größten Theil von den Mittelklassen und dem armen Manne aufgebracht werden. Unter solchen Umständen gehört doch aber ein gewisser Muth dazu, für derartige Bölle zu plaidiren und dieselben als „Schutzölle“ hinzustellen! Und obenin noch für Kornölle, welche ein absolut notwendiges Bedürfnis, das Brod, vertheuern. — Wir haben gewiß keine Ursache von der sog. Freihandelspartei die Volkswohlfahrt zu erwarten, der Freihandel an und für sich thut gewiß nicht; es können sogar Hölle eintreten, welche einen Schutzoll gerechtfertigt erscheinen lassen. — Aber gegen die sog. „Schutzölle“ auf absolut notwendige Bedürfnisse müssen wir uns unter allen Umständen erklären.

Ueber die Vorgänge in Kamerun liegt noch folgende Nachricht vor: Die Kriegsschiffe „Bismarck“ und „Olga“ langten am 18. December in Kamerun an und landeten am 20. d. selbst 330 Mann mit vier Kanonen, weil Hicorytown und Fokston den „König“ Bell versorgte, die Kaufleute bedroht und Belltown verbrannt hatten. Hicorytown wurde bei geringem Widerstande ohne Verlust genommen. Ein Offizier der „Olga“, welcher erforscht hatte, daß die Fregatte Wocmann's Agenten Pantanius gefangen genommen hatten, versuchte mit seiner Abtheilung dessen Rettung. Unter heftigem Feuer landete die Abtheilung in Belltown und führte einen 100 Fuß hohen Abhang mit Verlust von einem Todten und mehreren Verwundeten. 60 Mann hielten das Plateau 2 Stunden lang gegen 400 aus Buschwerk feuernde Feinde. Als Unterstützung von der Fregatte „Bismarck“ anlangte, wurde Fokston mit Hurra gestürmt und niedergebrennt. Inzwischen ermordeten die Empörer Pantanius. Am 21. December wurde das verödete Fokston abermals besetzt; am 22. December bombardirte die Korvette „Olga“, den Fluß befahrend, Hicorytown. Die Ordnung ist jetzt völlig hergestellt. — Die „Nat. Zeit.“ bemerkt dazu: „Nach allen Erfahrungen darf man hoffen, daß die den Negern ertheilte Lehre nachhaltig wirken und daß eine öftere Wiederholung nicht notwendig sein wird. — Wir können uns dieser optimistischen Anschauung nicht anschließen, denn Afrika ist groß und der Neger baut sich in einigen Stunden sein Haus hin, wo es ihm beliebt. In's Innere des Landes kann er nicht verfolgt werden, wohl aber zu jeder beliebigen Zeit wieder hervorkommen und Vergeltung üben. Trotzdem hoffen wir auch, daß eine zweite derartige Scene nicht mehr stattfindet, da es wohl nicht schwer halten wird, sich in friedlicher Weise mit den Schwarzen zu verständigen.“

Noch einmal Tasmanien. Herr Friedrich Bue erfucht die Redaction des „Homb. Korresp.“ um Aufnahme folgender Zeilen: Gestatten Sie mir, Ihrer Mittheilung in der Abend-Ausgabe vom 7. Januar, Tasmanien betreffend, folgende Berichtigung hinzuzufügen: Die in den heftigen Jahren durch die Sloman'sche Linie nach Tasmanien expedirten skandinavischen, dänischen und deutschen Auswanderer, welche durch die Ansiedlung von Städten wie „Bismarck“ am Sorell Creek und anderen Niederlassungen wohlhabend geworden sind, haben die Gelegenheit meines Besuchs in Deutschland benützt, ihre in der Heimath zurückgelassenen armen Verwandten und Freunde, etwa 100 an der Zahl, unter den liberalen Bedingungen der Kolonial-Regierung nachkommen zu lassen, und meine Mission ist, dafür zu sorgen, daß keine Taubstumme, Blinde und sonstige Arbeitsunfähige sich auf Rechnung unserer Kolonial-Regierung durchschleichen. Auf „Vorschub“ diesseits nehmen wir keinen Anspruch, und was die von Ihnen angeedeuteten „Antriebe“ betrifft, so erlaube ich mir, Ihnen zu bemerken, daß ich

Emmy erschrad förmlich, als sie diesen hochklingenden Titel hörte.

Mit einer tiefen Verbeugung schied sie in der Thür des Zimmers, in welches Charlotte den Fremden führte, von diesem und tilgte sofort — nicht zu Herrn Rodenburg, sondern zu ihrem Onkel.

Amberg sah noch immer über den Rechnungsbüchern und hatte sich nur durch die Klänge des Posthorns in seiner Arbeit unterbrechen lassen. Da seine Fenster nicht nach dem Garten hinausführten, so konnte er nicht sehen, was dort vorging und war nicht wenig neugierig, zu erfahren, wer der Besuch sei, der mit der Extrapoßt in Feldau ankam.

Daß ihn Emmy sofort benachrichtigen würde, hatte er erwartet, und darin hatte er sich nicht getäuscht. Die Thür ward aufgerissen und mit hochgerötheten Wangen slog Emmy herein.

Sie nahm sich diesmal nicht die Mühe, einen Blick auf den Schreibisch zu werfen, um zu spähen, ob vielleicht wieder Kontrebande, Briefe und dergleichen dort verborgen sei. . . . Ihre Aufregung war zu groß.

„Onkel!“ rief sie, „Du hast mir verschwiegen, daß Du in Berlin eine so distinguirte Bekanntschaft gemacht hast? Warum nur hast Du mir kein Wort davon gesagt?“

„Ich eine distinguirte Bekanntschaft?“ fragte er. „Daß ich nicht wüßte! . . . Ah, Du meinst Herrn Rodenburg's Sanftleben?“

„D, von dem spreche ich nicht. Laß' mich mit dem widerwärtigen Heuchler in Ruhe. . . . Nein, ich spreche von dem Lord, den Du dort kennen lerntest.“

„Einen Lord soll ich kennen gelernt haben? Rind, Du sprichst in Räthseln!“

„D, verstelle Dich nicht weiter, Onkel. Der Fremde, welcher soeben mit der Post angekommen ist, ist der Lord von Rilmare. . . . Er behauptet, Dich in Berlin kennen gelernt zu haben.“

„Ich wüßte wirklich nicht. . . . doch ja,“ unterbrach er sich plötzlich. . . . hm! Ja, ja, es wäre möglich, wie sieht der Mann aus?“

weder die Absicht noch den Auftrag habe, Auswanderern, die den Bunsch haben, sich nach Anara Bequena“ oder Neu-Deutschland oder Neu-Guinea zu begeben, irgend welchen Vorschlag zu machen, lieber nach Tasmanien zu gehen. — Da wir unseren Lesern, von der Mission des Herrn Bue, für die Regierung von Tasmanien Auswanderer auszumählen, Kunde gegeben haben, so wollen wir auch von dieser Erklärung des- selben Notiz nehmen.

Ist die Auswanderung ein Zeichen größeren Wohlstandes? Diese Frage wird von dem konservativen „Reichsboten“ folgendermaßen beantwortet: „Es ist doch zu viel gesagt, wenn der Reichskanzler ganz allgemein behauptete: „Se besser es uns geht, desto höher steht die Ziffer der Auswanderer.“ So steht die Sache denn doch nicht. Wenn es dem Manne in der Heimath gut geht, wandert im Allgemeinen Niemand aus, wenigstens keine Familien; derer, die etwa aus Uebermuth auswandern, weil es ihnen hier zu wohl ist und die darum, wie ein gewisses Thier aufs Eis tanzen gehen, ist doch nur eine kleine Zahl. Es mag ja auch solche Käuze geben; aber sie schnellen die Auswanderungsziffer nicht um Hehntausende hinaus. Abgesehen von der auswandernden Jugend, so muß man doch sagen, Familien entschließen sich nur dann zur Auswanderung, wenn es ihnen in der Heimath schlecht geht und sie hier keinen Ausweg zur Besserung ihrer Lage sehen, sei es, was bei den meisten der Fall ist, daß die Schulden sie drücken und sie das Joch der Schuldnechtigkeit nicht anders loswerden können, als wenn sie ihr Besitzthum hier verkaufen und mit dem Rest die neue Welt aufsuchen, sei es, daß sonstige Abhängigkeits-Verhältnisse drückend auf ihnen lasten. Der Mensch, zumal der Deutsche, erträgt die schwerste Arbeit, übernimmt das Risiko des härtesten Existenzkampfes in dem fremden Lande, wenn er dadurch seine Freiheit und Selbstständigkeit hofft erreichen zu können. Dagegen läßt sich nichts sagen, das bestätigt die Erfahrung aller Zeiten: Wenn der Mensch dem Druck der Verhältnisse nicht mehr gewachsen ist, dann sucht er sich ihm zu entziehen. Will man ihn in der Heimath zurückhalten, dann muß man ihn in der Erleichterung der Verhältnisse unterstützen.“

Zur Zuckersteuerfrage. Die Erwartung der Zuckerindustriellen, daß die Regierung die Herabsetzung der Ausfuhrvergütung auf Zucker gleich auf 2 Jahre verlängern werde, scheint sich nicht zu bestätigen. Es läge darin eine ganz überflüssige Erschwerung der gesetzgeberischen Operation, und für den Fall, daß die Verhältnisse der Industrie sich mittlerweile bessern, eine Erschwerung der finanziellen Reform. Daß der Antrag auf Verlängerung des provisorischen Gesetzes auf 1 Jahr erst gegen Ende der Session eingebracht werden soll, habe Staatssekretär v. Burchard im Reichstage als die Absicht der Regierung bezeichnet und damit motivirt, daß die Gestaltung der Verhältnisse abgewartet werden müsse.

Vom Reichstagsabgeordneten Beyer wird neben der Wochenschrift „Das Recht auf Arbeit“ eine zweite unter dem Titel „Deutsches Wochenblatt“ noch im Laufe dieses Quartals herausgegeben werden.

Das Krankenkassenwesen in der Stadt Posen ist — so schreibt die „Schles. Zeit.“ — entsprechend den Bestimmungen des Krankenkassengesetzes, bereits vollständig organisiert, und es ist zum 1. Dezember v. J. von den städtischen Behörden eine besondere Rendition mit mehreren Assistenten für das Krankenkassenwesen eingerichtet worden. Es haben auch alle diejenigen älteren Krankenkassen, welche ihrer bedeutenden Mitgliederzahl wegen unter den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen fortbestehen durften, ihre Statuten im Sinne des Krankenkassengesetzes abgeändert. Nur bei der Krankenkasse der Maurer hat die Durchführung des Gesetzes besondere Schwierigkeiten bereitet, weil die Beitheiligten sich in jeder Beziehung weigerten, die gesetzlichen Bestimmungen anzuerkennen und darauf beharrten, beim Alten zu verbleiben. Besonders stäubten sie sich dagegen, ihr Statut dahin abzuändern, daß sie während des ganzen Jahres Beiträge zahlen sollten, während sie bisher nur in den Arbeitsmonaten gezahlt hatten, im Winter dagegen davon befreit waren. Es mußte demnach das neue Statut schließlich ohne Mitwirkung der Maurer aufgestellt werden, eine Maßnahme, die nur diesem Gewerke gegenüber in Anwendung gekommen ist. Da sie sich außerdem geweigert haben, aus ihrer Mitte Personen in den Vorstand zu wählen, und die alsdann vom Magistrat ernannten Vorstandsmitglieder es verweigerten, ihre Obliegenheiten zu erfüllen, hat der Magistrat auf Grund des § 45 des Krankenkassengesetzes den Rassenbestand dem bisherigen Rassenführer abgenommen und bei der städtischen Kasse hinterlegt; die Verwaltung der Krankenkasse erfolgt bis auf Weiteres auf Kosten derselben durch einen besonderen Rechnungsführer, welcher die laufenden Beiträge einzuziehen und auf Anweisung des Magistrats die Zahlungen zu leisten hat. — Aus dieser Korrespondenz der „Schles. Zeit.“ ist nicht klar zu ersehen, weshalb sich die Maurer geweigert haben. Wenn sie sich geweigert haben, in den Wintermonaten zu zahlen, so ist es jedenfalls unter der Voraussetzung geschehen, daß sie im Winter nichts zahlen können.

„Es ist ein großer, sehr hübscher und sehr feiner Herr, nur ein wenig zu ernst und zu gemessen.“

„Ja, ja,“ sagte er, „es ist möglich. . . . Ich erinnere mich dunkel, diesen Herrn in Berlin irgendwo gesehen zu haben. . . . Also ein echter Lord meinst Du?“

„Natürlich, Onkel! Nur ein echter Lord kann ein so aristokratisches Auftreten haben, und schon seinem Diener sieht man's an, daß unser Gast ein vornehmer Engländer ist, und galant und freundlich ist er auch.“

„Ei, ei, Emmy, Du bist ja förmlich begeistert für Mylord.“

„Ich lugne nicht, daß der Herr auf mich einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat.“

„Nun, am Ende gelugt es Dir gar, sein Herz zu erobern. . . . Weißt Du, Emmy, es wäre eine vorzügliche Partie. Er hält Dich für die Erbin dieser Güter. Wenn Du das auch nicht bist, so wäre es doch nicht unmöglich, daß Du Dir einen Lord zum Gatten angelst, denn da ich Dich wie meine eigenen Kinder theilnehmen lassen werde an der Erbschaft, so bist Du ja eine reiche Partie, und hübsch bist Du auch. . . . Vielleicht braucht nur Mylord den Vorwand, mich in Berlin gelernt zu haben. . . . Vielleicht hat er Dich einmal irgendwo gesehen und kommt Deinetwegen hierher.“

Emmy erröthete ein wenig.

„D, nein, Onkel; ich habe eine so vornehme Bekanntschaft nie gemacht und bin nicht eitel genug, zu glauben, daß er meinewegen kommt. Du scherzest ja wohl auch nur. . . . Oder solltest Du gar dem Lord von Deiner Nichte gesprochen haben?“

„Nun, das habe ich zwar nicht, mein Kind; aber man kann nicht wissen, ob er nicht dennoch von Dir gehört hat. Jedensfalls werde ich sofort dem Lord meine Aufwartung machen.“

Charlotte wurde an den Fremden abgeschickt, um ihn zu fragen, ob er geneigt sei, den Herrn Prediger Amberg und seine Nichte zu empfangen, sie kam mit der Meldung zurück, daß Mylord sie erwartete. — Während Amberg, seine Nichte am Arm dem Gaste Aufwartung machte,

Dem Gesetze muß sich natürlich Jeder, also auch die Manns- sigen, ob aber der Magistrat im Winter die Beiträge er- ziehen kann, das ist eine andere Frage, denn wo nichts ist, hat auch der Magistrat sein Recht verloren.

Aus Nordschleswig. Der königliche Landrath des Sonderburger Kreises, von Ticherschnig, hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Vorstände der Stadt-, Pflanz-, Guts- und Landgemeinden des Kreises werden ersucht, sofort an alle in dauernd in ihren Gemeinden aufhaltenden dänische Staatsangehörigen, welche im Jahre 1865 geboren sind, und an die sich dauernd hier aufhaltenden in den Jahren 1863 und 1864 geborenen dänischen Staatsangehörigen, deren Beachtung im vorigen Jahre aus irgend einem Grunde unterblieben ist, eine Aufforderung dahin ergehen zu lassen, sich zur Vermeidung demnächstiger Ausweisung aus dem deutschen Reichsgebiet gleich den Militärpflichtigen des Jahresganges 1885 in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar 1885 zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden. Bis zum 3. Februar 1885 wollen die Vorstände mir ein Verzeichniß der oben bezeichneten Personen einreichen und dabei anzeigen, ob dieselben sich zur Rekrutierungs-Stammrolle angemeldet haben oder nicht.“

Franzreich. Sämmtliche Blätter enthalten Leitartikel über die Freisprechung der Madame Clovis Hugues. Vielfach wird die Ansicht ausgesprochen, die Freisprechung beweise die Nothwendigkeit der Revision des Strafgesetzes, weil die Geschworenen gezwungen gewesen seien, die Schuldfrage zu verneinen, indem sonst mindestens eine Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus gegen die Angeklagte hätte erfolgen müssen. Im „National“ erklärt es dagegen der republikanische Publizist Hector Bessaf für seine Pflicht, angesichts dieses widerlichen Schaupiels, das wir bewohnen, ohne Umschweife eine energische Reform des Gesetzes über die Presse, über das Versammlungsrecht sowie über die Geschworenen zu fordern und dadurch die Möglichkeit für die Gesellschaft zu verlangen, sich gegen diese Verbrechen zu verteidigen, welche mit dem Eien tödten oder mit d' Jeder morden. Angeblich beabsichtigen zahlreiche Deputirte, a 13. Januar bei der Eröffnung der parlamentarischen Session gegen eine weitere Vertagung zu protestiren, womit sie absichtlich durchdringen werden. — Dem General Camperd wird voraussichtlich der Marineminister Beyron folgen; derselbe soll sein Demissionsgesuch bereits eingereicht haben.

Australien. Ein Telegramm des „Reuterschen Bureaus“ aus Wellington vom heutigen Tage meldet, die Regierung in Neuseeland habe den Antrag gestellt, die Samoainself zu annektiren; ein Dampfer halte sich bereit, abzugehen sobald die Entscheidung Lord Derby's eingetroffen sein werde. Es ist wohl zu bezweifeln, daß diese Entscheidung bejeden ausfallen wird; die europäischen Ansetzungen auf den Samoa-Inseln sind fast ausschließlich deutsch; die dadurch nahe gelegte Besitzergreifung seitens Deutschlands ist allem Anscheine nach nur unterblieben, weil Ende der sechziger Jahre ein Abkommen zwischen mehreren europäischen Mächten und der Union getroffen wurde, wonach keine Annexion seitens einer der Mächte erfolgen soll. Danach dürfte Lord Derby sich wohl anlaßt sehen, die Regierung von Neu-Seeland abschlägig zu befehlen.

Kommunales. Der Magistrat hat für das nächste Jahr eine recht beträchtliche Anzahl von Schulhausbauten in Aussicht genommen; im Ganzen sollen etwa 2,900,000 M. zur Verwendung gelangen; für 5 Doppelschulen, welche womöglich in Angriff genommen werden sollen, fehlen indeß, wie die „Nat. Zig.“ berichtet, noch die nöthigen Grundstücke; es sind dies die Doppelschulen in der Friedrich-Wilhelmsstadt, in der Wraglersstraße und deren Umgebung, vor dem Salfischen Thor in der Nähe der Frankfurter Allee und in der Nähe des alten Bleihofs. Indes schweben bereits die Verhandlungen.

Lokales. Die neue Straße, welche den Alexanderplatz mit der Neuen Friedrichstraße verbinden und bei dem zukünftigen Polizeipräsidialgebäude beginnen wird, ist bereits bis zum ersten Stadtbahnviadukt fertig gestellt, d. h. sie ist mit Mauerwerk und Vordrängen versehen. Die Straße hat eine Breite von 11 Metern; ihre Fortsetzung bis zur Neuen Friedrichstraße wird erfolgen, sobald die nach dem Abbruch der Häuser in dieser Straße entgegenstehenden Hindernisse von den städtischen Behörden beseitigt sind. Der von dieser neuen Straße rechts am Alexanderplatz aufgeführte Bau, welcher jetzt im Rohbau vollendet und drei Etagen hoch ist, wird später die Polizeihauptmannschaft, das Waageamt und sonstige behördliche Abtheilungen aufnehmen. Das Gebäude, auf dessen Grund und Boden früher die Landdirektionsanstalt gestanden wird nach seiner Vollendung ein würdiges Pendant für die

meldete Charlotte Herrn Rodenburg, bei welchem Ehelich noch immer anwesend war, den Besuch. — Der Lord trat Amberg und seiner Nichte entgegen. Der Letztere betrachtete ihn erst erst vom Scheitel bis zur Fehse und schüttelte den Kopf. Er innerte sich nicht, diese Persönlichkeit irgendwo gesehen zu haben.

„Mylord,“ begann er, „meine Nichte sagte mir, Sie mich vor einem Monat in Berlin gesehen haben, und hergekommen seien, um mit mir zu sprechen. Ich stehe Ihnen Diensten.“

Auch der Lord seinerseits betrachtete ihn.

„Nein, mein Herr,“ sagte er, „das muß ein Irrthum sein. Ich habe Sie dort nicht kennen gelernt. . . . Sind Herr Prediger Amberg?“

„Ja, und diese junge Dame ist meine Nichte Emmy hier im Hause zur Führung der Wirthschaft und zur Pflege des Herrn Rodenburg, meines besten Freundes.“

„Ah so! Nein von Ihnen rede ich nicht; ich spreche von einem Herrn Brand, welcher die Güter des Herrn Rodenburg verwaltet.“

Amberg wechselte mit seiner Nichte einen Blick der Enttäuschung, und über das Gesicht der Letzteren slog eine Wolke des Unmuths.

„Herrn Brand wünschen Sie zu sprechen?“ nahm endlich Amberg das Wort.

„Ja!“

„Der ist nicht mehr hier. Bedauere sehr, daß ich mich den Weg vergebens gemacht habe.“

Die Entdeckung, daß er es mit einer Bekanntschaft des Herrn Brand zu thun habe, würde den Prediger Amberg sicherlich gegen den Fremden eingenommen haben, wenn er sich nicht immer noch mit dem Gedanken beschäftigte, daß der vornehme Herr vielleicht Gefallen an seiner Nichte finden würde.

Es schien ihm sogar, als ob Emmy auf den Lord einen ganz besonders guten Eindruck gemacht habe.

zu erbe- durchge- seinen - den für 1. Janu- der Um- welche l- lichen l- Barde- auch d- Thunli- böien, Stad- gebot d- zigung- gefunde- umbre- Pf- welche von Be- richtung- Briefen- Kutze- groß- warter- Postfil- den gro- manchen- Mal- gebiet- fange d- vermen- nun vo- denbar- Wir ei- noch in- benutz- Berde- Wohn- zur Be- zur Schr- werden- lich in- Giltbest- Postbet- lastenid- aufidig- Meilen- würde- etwa e- kommen- N. nach ei- tätigen- Das fi- des G- ten Un- sind b- abgeh- werden- g- Anzahl- suchend- stand e- Gegenf- welche- diese W- schwerd- daß ein- Heilige- geford- Genfer- bereits- prüfung- den M- wird ei- zuwarte- g- Winter- dann, i- der Ba- Tag vo- machte- Am D- geforore- Alles g- vorbere- Thaur- ist fast- und die- daß sie- will id- Güte, i- Austun- Bran- D- hatte s- guten v- selbe v- befragt- daß W- würde- D- Fremd- ihn au- seinem- um ein- zu erst- gemach- tadel z- Weiter- burg d- begleit- D- und sp- Feldbau- gewuß- sonst s- zu bel- leit, m- danke i- aufhalt- um w- Ihnen- getheilt- n- mehr h-



seiner Wohnung auf die Straße; die hierbei erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß Sch., in den Flur des vorgehenden Hauses gebracht, nach ganz kurzer Zeit verstarb. Die Leiche wurde später nach dem Obduktionshause befördert. Sch. hat die schreckliche That anscheinend in einem Anfall von Geistesgestörtheit ausgeführt. Schon vor etwa 5 Wochen bemerzte einer seiner Bekannten bei ihm Spuren der Geisteserkrankung und bewog daher Sch., sich in der königl. Charité zur Aufnahme zu melden, was auch erfolgte. Er wurde jedoch bald wieder dort entlassen, und kurze Zeit darauf reiste in ihm die fixe Idee, daß sich in dem Vorderzimmer seiner Wohnung ein „Fehlgericht“ befände, das über ihn aburtheilen wolle. Noch am Sonnabend Morgen hatte Sch., der schon seit längerer Zeit arbeitslos ist, seiner Frau beim Zeitungsausbringen geholfen; am Vormittag aber verabschiedete er sich bei seinen Freunden in einer Destillation der Taubenstraße mit den Worten: „Adieu, wir werden uns wohl nicht wiedersehen.“ Auf Mittag in seine Wohnung gekommen, setzte sich Sch. in dem Augenblick aus dem Fenster, als seine Frau sich in die Küche begeben hatte. Der Fall war ein so wichtiger, daß der Körper einer blutigen Fleischmasse gleich. Noch gestern konnte man auf dem Stripsplaster und dem Flur des Hauses Blutspuren sehen, welche von der großen Blutlache am Sonnabend herrührten.

**Von der Eisenbahn überfahren.** Am Montag Nachmittag wurde auf der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, auf der Strecke zwischen Bude Nr. 21 und 22, nahe dem pringlichen Jagdschloße Dreißigden ein etwa 20 Jahre altes Mädchen von dem 2 Uhr 17 Minuten Zehndorf passierenden Zuge überfahren. Die Kleider wurden ihr vollständig vom Leibe gerissen und der Kopf bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Bis jetzt ist die Persönlichkeit nicht festgestellt, ebensowenig, ob sie den Tod gesucht hat, oder ob ein unglücklicher Zufall vorliegt.

**Ertrunken.** Zwei hiesige Studenten hatten am 7. d. Mts. Nachmittags ihre in der Neuen Schönhauser Straße belegene Wohnung verlassen, anscheinend in der Absicht Schlittschuhe zu laufen. Da dieselben weder an denselben noch am folgenden Tage nach ihrer Wohnung zurückkehrten, so wurde bei der Polizei Anzeige von ihrem Verschwinden gemacht, und die polizeilichen Nachforschungen haben herausgestellt, daß beide junge Leute ertrunken sind. Sie hatten sich auf den bei Zehndorf im Grunewald belegenen See „Krumme Lanke“ begeben, um da Schlittschuhe zu laufen (die im Grunewald befindlichen kleinen Seen werden von Schlittschuhläufern deshalb mit Vorliebe aufgesucht, weil diese stillen Gewässer am raschesten durch Kälte eine Eisdicke erhalten und lange bewahren) und beide sind auch auf dem Eise gesehen worden. Beim Laufen sind sie aber in eine offene oder mit einer zu dünnen Eisdicke bedeckte Stelle getreten und ertrunken. Die Leiche des Einen wurde am folgenden Tage und die des Anderen erst gestern gefunden.

## Gerichts-Zeitung.

**Bekanntlich** führte der Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen im vergangenen Jahre für seine Mitglieder den Rechtschutz ein, damit dieselben in die Lage kämen, ihre Rechte überall zur Geltung zu bringen. Wie günstig der Rechtschutz wirkt, beweist folgender Fall. Der Schlossermeister Mittelsädt, Wittenwalderstraße 17, beschäftigte in der zweiten Hälfte des letzten Jahres den Schlosser C. Schröder, welcher Mitglied obengenannten Vereines ist. Herr Mittelsädt beleidigte seinen Gesellen in recht empfindlicher Weise, und dieser sah sich veranlaßt, die Rechtschutzkommission des Fachvereines von dem ungebührlichen Benehmen des Herrn Mittelsädt in Kenntnis zu setzen. Es wurde nun die Hilfe des Gerichts in Anspruch genommen. Vor dem Schiedsgericht erschien Herr Mittelsädt nicht, da er jedenfalls annahm, daß der Arbeiter doch kein Geld zum Weiterklagen habe. Er hatte aber die Rechnung ohne den Fachverein der Schlosser gemacht. Das Schiedsgericht verurtheilte Herrn Mittelsädt zu einer Ordnungsbüße von 30 M. und den sämtlichen Gerichtskosten event. 6 Tagen Haft. Nebenliche Fälle stehen in allerhöchster Zeit bevor. Möchte doch ein jeder Schlossergeselle obige Sache beherzigen und nicht versäumen, sich dem Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen anzuschließen.

**Die bekannte Thatsache,** daß auch der gelehrteste Verbrecher bei einem sonst mit großem Raffinement ausgeführten Raub irgend eine Dummheit begeht, welche die Kriminalbeamten auf seine Spur lenken, erhielt einen weiteren Beleg in einer Verhandlung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. stattfand. Auf der Anklagebank befand sich der 25jährige Bergolder Johann Gottlieb Koch, einer des berüchtigten Einbrecher Berlins. Am 26. Juli wurde er erst nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe aus dem Zuchthause entlassen und schon wenige Tage darauf hat er der Anklage nach die beiden Strafhäfen verlassen, wegen derer er sich gestern zu verantworten hatte. Am 2. Aug. v. J. wurde in der Wohnung des Holz- u. Kohlenhändlers Laug, Alte Schönebergstr. 6 ein äußerst frecher Einbruch am hellen lichten Tage verübt, während die Bewohner dieselbe in verfallenen Zustande für eine kurze Zeit undeauschäftigt gelassen. Die Thüren waren mittels Nachschlüssel geöffnet und war darauf in den gepressten Behältern der Inhalt durchwühlt worden. Als Beute hatten der oder die Diebe lediglich Geld und Schmuckfachen an Geldeswerth zum Gesamtbetrage von ca. 200 M. mitgenommen. Unter den gestohlenen Gegenständen befand sich auch ein Pfandschein und der Besondere wurde nicht wenig überrascht, als er diesen am nächsten Tage in einem Kouverte durch die Post wieder zugesandt erhielt. Der Dieb mochte wohl eingesehen haben, daß für ihn der Besitz des Pfandscheines gefährlich werden kann und anstatt denselben zu vernichten, sandte er ihn, wohl einer Anwendung von Uebermuth oder Generosität folgend, dem Eigentümer zurück. Diese That, die gewiß nicht zu seinen schlechtesten zählte, sollte für ihn verhängnisvoll werden. Am Tage darauf fand ein Einbruch bei dem Tischlermeister und Dekorationsmaler Balg, Kleine Markusstraße 19, statt, der genau in derselben Weise wie der erste ausgeführt worden; wieder hatte der Dieb sich mit leicht transportablen und leicht zu verwerthenden Schmuckfachen begnügt, auch Herr B. schätzte seinen Schaden auf ca. 200 M. Eine dem bezeichneten Hause gegenüber wohnende Frau hatte nun an dem fraglichen Tage drei Männer in verdächtiger Unterhaltung auf der Straße bemerkt, zwei von ihnen hatten schließlich das Haus betreten, während der dritte augenscheinlich Schamier stand. Es sprach Alles dafür, daß sie die Thäter waren. Der Frau wurde das Verbrechen-Album vorgelegt und aus den Kontexten unserer berüchtigsten Einbrecher bezeichnete sie dasjenige des Angeklagten als einem der mutmaßlichen Thäter ähnlich. Natürlich nahm man den Patron sofort in Haft, er leugnete aber entschieden, es wurde auch keiner der gestohlenen Gegenstände bei ihm vorgefunden. Da kam einer der mit den Recherchen betrauten Kriminalbeamten auf die Idee, den Angeklagten eine Schreibprobe machen zu lassen, da derselbe möglicherweise mit dem Schreiber des Kouvertes mit dem Pfandscheine identisch sei. Der Versuch hatte einen überraschenden Erfolg, allerdings mußte sich der Angeklagte beim Schreiben der Adresse seine Handschrift möglichst zu verstellen und die unglaublichsten orthographischen Fehler zu bilden, den Schreibverwandigen konnte er aber kein X für ein H machen, denn dieselben bekundeten mit positiver Bestimmtheit, daß Niemand anders als er die verhängnisvolle Adresse geschrieben. Somit konnte man sicher sein, den Thäter oder wenigstens Mitthäter der beiden Einbrüche gefast zu haben. Im gestrigen Termine legte sich der Angeklagte nach aller Verbrechenart auf's Neue, die Beweisaufnahme förderte aber eine so große Anzahl Irrthümer gegen ihn zu Tage, daß der Staatsanwalt seine Schuld

für außer allen Zweifel hielt und seine Bestrafung mit 3 Jahren Zuchthaus beantragte. Der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß dem hartgefügten Scländer eine härtere Strafe gebühre und erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

**Nürnberg.** „Es war ein jung jung Zimmergesell.“ Namens Raub, dem kam die Sage nicht aus dem Sinn, welche jenes altdeutsche Volkslied behandelt; ein junger Zimmergesell erwarb sich die Liebe einer Schlosserfrau; er durfte in ihr Kämmerlein steigen und an ihrer Seite ruhen, „an ihrem schloßweissen Leib.“ Dabei wurde er jedoch ertappt und mußte sich einen Galgen zimmern „von Gold und Karmelstein“, woran er aufgehängt wurde. Das traurige Ende dieser Geschichte schreckte den jungen Zimmergesellen Raub durchaus nicht ab; er sagte sich, dem Galgen wollte er schon entgegen, wenn er nur erst das traute Kämmerlein gewonnen hätte. Und warum sollte er es nicht gewinnen? Die Edelbuben von heute sind auch nicht sämmtlich herzlos und das Bestreben der Eva, verbotene Früchte zu kosten, hat sich nicht bloß bis zu der Zeit der stitigen Ritterdamen erhalten, sondern es blieb auch lebendig im Roccoco-Zeitalter, ja es blühte in demselben sogar recht lustig auf und erhielt sich, wenn auch nur sporadisch, bis in unsere Zeit der germanischen Renaissance, der Holztafelungen und des *cuirre poli*. Der Zimmergesell verlor also die Hoffnung nicht, und je mehr er sich in seine Träume vertiefte, desto wahrscheinlicher schien es ihm, daß einst vom Söller einer Burg herab ihm zarte Frauenhand zum Gruße winken und ihn zur Raft und zum Glück einladen werde. Um diese Burg zu finden, zog er unermüdet durch die Lande. Er trat nirgends mehr in Arbeit und wenn seine Baarhaftigkeit zu Ende war, dann nahm er die altbewährte germanische Gastfreundschaft in Anspruch, ließ sich mit Brot oder mit Kupfermünzen versorgen, und sang dabei das Lob der Schönen; er war ein Troubadour und nur eine gänzlich bekennende seiner Pilgerschaft konnte die Genärdarmie veranlassen, ihn zeitweilig als Bettler oder Landstreicher aufzugreifen. An einem kalten Novembertage kam der Zimmergeselle auf seiner Wallfahrt in das freundliche Städtchen Kauf. Dort heimelte ihn Alles umgeben an. Er sah den breiten Stadtgraben, das alterthümliche Thor, die Beugen vergangener Jahrhunderte. Der stattliche Kirchthurm zeigte allerdings ein mehr modernes Gesicht, aber da drüben die alterthümliche Burg mit den festen Wällen, den trostigen Wirthhäusern und dem düster-grauen Schloßgemäuer, sie war ganz geeignet, den bewundernden Beschauer zurück zu versetzen in die Romantik des Ritterthumes und des Minnesanges. Dort in der Romantik des Ritterthumes und des Minnesanges. Dort um Frauengunst zu werben, welche köstliche Aufgabe! Aber zunächst muß man sich mit den örtlichen Verhältnissen vertraut machen, das war bei den Troubadours des Mittelalters wie bei den Handwerksburschen der Gegenwart stets die hauptsächlichste Bedingung für ein strategisches Unternehmen. Raub mußte also Erkundigungen einziehen; um einen Befehl zu haben zur Aneide an die Vorübergehenden, sprach er sie um eine Gabe an, worauf er sie in ein Gespräch zu verwickeln suchte, was aber meist fehlschlug, denn die Käufer zeigten sich ihm gegenüber in Bezug auf die Verhältnisse der Stadt und der Burg sehr wenig mittheilbar. „Da liegt wahrscheinlich ein dunkles, blutiges Geheimnis zu Grunde“, dachte der von romantischen Ideen beherrschte Zimmergesell und setzte seine ansprechenden Bemühungen um so eifriger fort, bis er plötzlich von der hohen Obrigkeit ertappt war. Dieses Abenteuer paßte ihm nicht in den Kram, insofern es war doch ein Abenteuer und mußte mit Würde bestanden werden. Raub erklärte seinen Reklamirern, daß er über seine eigentlichen Absichten in Kauf dieses Schweigen beobachtet werde, bemerkte aber doch, um sein Recht zu entschuldigen, in bedeutungsvoller Zone, es sei schon mancher Ritter sechtend in eine Burg eingedrungen. Das Schöffengericht zu Kauf ließ sich dadurch nicht abhalten, ihn wegen Betrugs und Landstreicherei zu 21 Tagen Gefängnis zu verurtheilen. Raub gelangte auf diese Weise in ein stilles Kämmerlein, aber nicht in der Burg, sondern im Stadtgefängnis. Hier fehlte vor Allem die wohlige Wärme, welche in den Gemächern der Ritterfrauen immer zu herrschen pflegte. Es gab keinen Kamin und kein lustig prasselndes Feuer, ein eifriger Hauch wehte von dem Gitterfenster her und der Fußboden war empfindlich kalt. Schon nach der ersten Nacht war der Gefangene halb erstarrt vor Frost, und er sagte sich, diese Käufer hätten ihn gern zu einundzwanzig Tagen verurtheilen können, aber einundzwanzig Nächte halte er es in dieser Kälte nicht aus. Er sann also auf Befreiung. Freilich waren die Mauern dick, die Fenster stark vergittert und die Thür so fest, daß ein Entkommen rein unmöglich schien. Der unternehmende Zimmergesell fand aber doch ein Mittel, aus dem Keller zu Lauf sich zu befreien, und zwar ein sehr einfaches: er appellirte wegen seiner Verurtheilung an die höhere Instanz in Nürnberg und ließ sich in die Nürnberger Probveste überführen. Hier wird gut geheizt, und der Gefangene sah deshalb mit ruhiger Behaglichkeit der Verhandlung in zweiter Instanz entgegen. Dieselbe ging am letzten Mittwoch vor sich. Es wurden die langen Protokolle und Akten aus Lauf verlesen und endlich wurde der Zimmergesell gefragt, womit er nun seinen Einspruch gegen das wohlverwogene Urtheil des Kaufers Gerichts begründen wolle. Da verzog sich sein Mund zu einem freundlichen Lächeln und er sprach das große Wort gelassen aus: „Es war mir zu kalt im Kaufers Arrest.“ Das ganze Tribunal war sprachlos vor Verwunderung über diesen neuen Einspruchsgrund, im Publikum war große Sensation und der Staatsanwalt beantragte endlich pfeilschnelldig, da der Angeklagte sich ja doch schon für den hiesigen Strafollzug erwärmt hat, die Berufung zu verwerfen. Dies geschah. Der Zimmergesell sitzt nun ruhig hinter den eisernen Gittern und läßt in sicherer Hut einen Theil des dem Wanderer feindlichen Winters vorüberziehen. Im Frühjahr wird er mit neuem Muthe seine Pilgerschaft wieder aufnehmen, um endlich sein geträumtes Ideal zu finden.

## Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

**Aufruf an die Schlosser und Berufsgenossen Berlins!** Kollegen! Wiederum sehen wir uns veranlaßt, an Euch einen Appell zu richten, um Euch auf unsere Lohnbewegung aufmerksam zu machen. Im Juli vorigen Jahres traten wir Schlosser Berlins zusammen, um angeichts unserer traurigen Lohnverhältnisse eine Kommission zu wählen, deren Aufgabe es sein sollte, mit allen gesetzlichen Mitteln einzutreten, um unsere gedrückte Lage zu verbessern und einem Jeden unter uns ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, damit keiner unter uns durch Noth und Elend gezwungen werde, für jeden Schleuderpreis zu arbeiten, um auf diese Weise unsere andern Kollegen Konkurrenz zu machen. Die Kommission soll stets darüber wachen, daß unsere Forderungen innegehalten werden; die Forderungen, welche die Kommission aufgestellt hat, sind so gerichtet, daß ein jeder Arbeitgeber, der es aufrichtig mit seinen Arbeitern meint, sie zugestehen muß. Wir wiederholen unsere Forderungen hier nochmals, welche wir in unserem letzten Flugblatte veröffentlicht haben: 1. Festsetzung einer Normalarbeitszeit von höchstens 10 Stunden pro Tag; 2. Gänzliche Abschaffung der Sonntagsarbeit; 3. Forderung eines Minimallohnes von mindestens 18 M. pro Woche. Die Auszahlung des Lohnes hat jeden Sonnabend spätestens bis um 6 Uhr zu erfolgen. Bei Akkordarbeitern muß eine wöchentliche Ratezahlung von mindestens 18 M. geleistet werden. Kollegen! In diesen, den jetzigen Verhältnissen (vorläufig) entsprechenden Forderungen wollen wir festhalten, durch diese lassen wir der Arbeitslosigkeit, dem Bagabundenthum zu steuern und eine sich immer mehr und mehr

breit machende Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. Kollegen! Die Kommission allein ist nicht im Stande, diese gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen, wenn nicht der große Bruchtheil der Kollegen, der jetzt noch unserer Bewegung indifferent gegenübersteht, herangezogen wird. Darum fühle sich ein Jeder, dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, dazu berufen, ein Mitglied unserer Sache zu sein und mitzuhelfen an der heiligen Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Bemerken wollen wir, daß wir schon ein großer Theil unserer Kollegen in anerkanntem Wertes Theile an unserer Bewegung betheiligte, jedoch ein sehr großer Theil sieht uns noch fremd gegenüber. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Furcht vor Maßregelung sehr viele Kollegen bisher zurückhielt, sich an dieser edlen Sache zu betheiligen; aber jenen Bagabunden rufen wir zu: „Seid Männen und wähet eure Rechte!“ Und sollte aus diesem Grunde eine Maßregelung erfolgen, so ist die Kommission jetzt in der Lage, solchen Kollegen eine entsprechende Unterstützung zu gewähren, da unser Fonds, Dank den bis jetzt betheiligten Kollegen, eine Höhe erreicht hat, welche uns dies ermöglicht. Darum, Kollegen, laßt diesen Ruf der Kommission nicht unberücksichtigt erschallen, erschließt eure Herzen dieser Sache und wählt in allen Verfassungen Delegirte, welche Euch der Kommission gegenüber vertreten und die gestellten Forderungen bei den Meistern zur Geltung bringen. Die erste diesjährige große öffentliche Generalversammlung findet Sonntag, den 18. Januar, in der „Orania“, Wranzelstraße 9-10, Vormittags halb 10 Uhr, statt. Sorgt dafür, daß in diesem geräumigen Lokal kein Platz unbeflegt bleibt. Die Lohnkommission der Schlosser und Berufsgenossen. J. A. C. Niehe.

**Die erste Generalversammlung der Zentral-Kranke und Sterbelasse der Dachdecker Deutschlands** (E. H. Nr. 6) örtliche Verwaltungsstelle Berlin) fand am Sonntag, den 11. Januar, Alexanderstraße 31, statt. Der Vorsitzende macht bekannt, daß die Statuten der Kasse bereits am 18. Dezember 1884 von der hiesigen Behörde genehmigt seien und wurde dieselben unter die Mitglieder vertheilt. Es wurde darauf zu Wahl des Ortsvorstandes geschritten und gingen folgende Herren als gewählt hervor: Karl Nag, Vorsitzender, August Jähner, Kassirer, Fritz Hanke, Franz Klopffed und Paul Witt als Beisitzer. Ferner wurde beschlossen, daß die Beiträge zur Kasse an jedem Sonnabend von 7 bis 9 Uhr Abends an folgenden Stellen entgegengenommen werden: 1) Chorinerstr. 1 bei Herrn Theodor Weber, 2) Brüdenstraße 5 b, Restaurant Krüger, von dem Kassirer, Herrn Jähner und 3) Oranienstraße 168 bei Herrn A. Nag. Die Aufnahme neuer Mitglieder findet nur statt Oranienstraße 168 bei Herrn Nag jeden Abend von 7-8 und Sonntags von 8-10 Uhr Vormittags. Der Vorsitzende berichtet nun über den gegenwärtigen Stand der Kasse. Demnach haben sich bereits mehrere Filialen der Kasse gegründet und ist auch für Berlin schon eine erfreuliche Anzahl Mitglieder vorhanden, so daß die Kasse zu den schönsten Hoffnungen berechtigt ist. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Mitglieder auf, nach jeder Richtung mit regem Eifer für die Kasse zu wirken, damit, wenn möglich, alle Berliner Kollegen der freien Hilfskasse beitreten, und somit von der für sie von den Innungsmeistern bestimmten Dittskasse, deren Schattenseiten dieselben heute noch gänzlich kennen, befreit werden.

**hr. In der Generalversammlung des Fachvereines der Schlosser und Berufsgenossen,** welche unter sehr zahlreicher Betheiligung am Sonnabend bei Großweil stattfand, wurde zunächst wegen der Reichhaltigkeit der Tagesordnung die Wahl des Vorstandes verlagert. Es wurden dann die Berichte über die Thätigkeit des Vereines, über die Kasse, über den Nachweis, über den Rechtschutz und über die Bibliothek erlassen. Die Zahl der Mitglieder ist im ersten Vereinsjahre von 71 auf 428 angewachsen. Die Einnahmen haben im 4. Quartal (inklusive Bestand) 245,96 M., die Kosten für die Einrichtung des Arbeitsnachweises (90,65 M.) und durch die Vorstände für zwei Rechtschutzfälle, von denen der erste bereits zu Gunsten des gekühten Vereinsmitgliedes entschieden herbeigeführt worden. Herr Niehe berichtete dann in eingehender Weise über den Kongreß der Metallarbeiter Deutschlands, vom 21. bis 26. Dezember v. J. in Gera, von 68 Delegirten besucht, stattgefunden und auf welchem Herr Niehe den Berliner Fachverein der Schlosser vertreten hat. Wir beschränken uns hier auf die Mittheilung, daß die Verhandlungen auf dem Kongreß zu einem Kompromiß der beiden Parteien geführt haben, von denen die eine für die zentralisirte Organisation sämtlicher Branchen der Metallindustrie, die andere für die lokalen Fachvereine eintrat. Es ist mit Einstimmigkeit die folgende Resolution angenommen worden: „Der Kongreß erklärt: die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter kann eine durchgreifende Umgestaltung unserer heutigen Produktionsverhältnisse nicht ermöglichen; jedoch ist eine zeitweilige Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erzielen, sobald eine Organisation sämtlicher Metallarbeiter herbeigeführt wird und zwar: 1. daß an allen Orten Deutschlands die Gründung von allgemeinen Metallarbeiter-Fachvereinen erstrebt und durchgeführt wird; 2. wo jedoch örtliche oder gewerkschaftliche Hindernisse der Gründung von allgemeinen Metallarbeiter-Fachvereinen entgegenstehen, muß die Gründung von Branchenevereinen durchgeführt werden.“ Es ist auf dem Kongreß auch ein Statut für „die Vereinigung der deutschen Metallarbeiter“ ausgearbeitet und angenommen und seiner beschlossen worden, daß der Zentralvorstand in Mannheim, die Kontrollkommission in Karlsruhe domicilirt sein soll. Bedenken, die in der Diskussion erhoben wurden, gaben Herrn Niehe Veranlassung, noch hinzu zu setzen, daß durch Zustimmung zu den Beschlüssen des Kongresses die bestehenden lokalen Branchenevereine sich nicht verpflichten, der „Vereinigung“ sofort beizutreten. Der Vorsitzende theilte darauf den Bescheid mit, welchen das Kriegsministerium dem Vorstände auf das Gesuch um Betheiligung der den Schlossern von den Militär-Büchsenmachern gemachten schädlichen Konkurrenz hat zugehen lassen. Der Bescheid geht dahin, daß die Büchsenmacher berechtigt bleiben, unbeschränkt ihr bürgerliches Gewerbe zu betreiben und daß das betreffende Militär-Departement nicht in der Lage ist, auf die von ihnen gestellten Forderungen einen Einfluß auszuüben. Eine für einen in großer Noth befindlichen Kollegen veranstaltete Sammlung ergab 23 Mark. Auch der Antrag, zum Besten der streikenden Knopfmacher eine Zellerammlung zu veranstalten, war angenommen worden.

**Die erste diesjährige Delegirten-Versammlung der Tischler** findet heute, Dienstag Abend 8 1/2 Uhr, Alte Falschstraße 37, statt. Die Tages-Ordnung lautet: 1. Rapport über den Unterstützungsfonds der Tischler. 2. Revisionsbericht. 3. Wahl einer Revisionskommission. 4. Die neue Fabrik-Ordnung in der Piano-Fabrik des Herrn A. Brandt, Oranienstraße 185. 5. Verschiedene Mittheilungen. Noch nicht an der Lohnbewegung betheiligte Werkstätten können in dieser Versammlung aufgenommen werden. Die im vorigen Jahre aufgestellten Karten müssen in dieser Versammlung abgeholt werden.

**In der Versammlung der Korbmacher Berlins und Umgegend,** welche am 11. Januar im Lokale des Herrn Otto, Albalberstr. 21, zum Zweck der Berathung der neuen Statuten der zu gründenden „freien Hilfs-Kasse“ stattfand, gelangten die neu ausgearbeiteten Statuten zur Verlesung und wurden dieselben einstimmig angenommen; auch wurde dem Herrn Friedr. Franke die Vollmacht erteilt, den Gang dieser Angelegenheit bei der zuständigen Behörde zu vertreten. Ferner wurde beschlossen, den in der letzten öffentlichen Versammlung der Korbmacher Berlins und Umgegend gewählten provisorischen Vorstand auch des Weiteren beizubehalten.



legte, und es blieb dabei bei der bestehenden Einrichtung. Nur in Berlin hat man versucht, aktive Offiziere in das Landwehr-Bezirkskommando einzuführen. Wir sind bereit, Alles, was die Regierung in Anbetracht der Zurücknahme von Berlin mehr verlangt für eine neue Organisation des Berliner Bezirkskommandos, zu bewilligen, soweit der Grundtag festgehalten wird, daß aktive Offiziere hierbei ausgeschlossen werden. In der Denkschrift zum Etat heißt es, daß diese Offiziere unter schwierigen Verhältnissen im persönlichen Verkehr mit Leuten aus allen Schichten der Bevölkerung die Autorität zu wahren haben, es wichtig ist, auf besonders tüchtige und energische Offiziere zurückzugreifen. Das erkennen wir an, nicht aber, wie es dort weiter heißt, daß Offiziere mit solchen Eigenschaften dem aktiven Dienststande, nicht dem Inaktivitätsverhältnisse angehören. Das Lebensalter, in welchem aktive Offiziere inaktiv werden, ist häufig ein solches, in welchem Zivilbeamte auf besonders wichtige Posten gestellt werden, die eine ebenso große Energie und Entschlossenheit einer persönlichen Autorität verlangen. Bedenken Sie doch, daß z. B. im Postdienst die Postdirektorenstellen in aktiven Offizieren ganz besonders vorbehalten werden, Stellen, in welchen neben der Eigenschaft des Verkehrs mit dem Publikum noch besonders technische Kenntnisse der postalistischen Verhältnisse verlangt wird. Hier wird also mehr verlangt, als vom Offizier des Bezirkskommandos. Wir wollen auch keinen zweiten Oberst, denn wir fürchten, daß sich dann der aktive Brigadekommandeur bald als dritter dazu einfindet. Wir wollen eben verhindern, daß mehr und mehr aktive Offiziere in die Landwehr-Bezirkskommandos eintreten. Gerade in diesem Posten kommt es darauf an, bürgerliche und militärische Rücksichten mit einander auszugleichen. Wir bitten deshalb, nicht bloß den Brigadekommandeur, sondern auch den neuen Oberst abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Huene bemerkt, die Stelle eines Brigadekommandeurs sei von der Kommission nicht genügend motiviert befunden und deshalb ihre Ablehnung empfohlen worden. Was die Heranziehung aktiver Offiziere für die in Rede stehenden Posten betrifft, so ist zu erwägen, daß eine solche nur mit Einverständnis der Offiziere erfolgen kann. Es würde nicht leicht sein, für jene schwierigen und mühevollen Stellen geeignete Personen unter denselben zu finden. Es empfiehlt sich daher, das Gehalt für einen aktiven Regimentskommandeur zu bewilligen.

Generalmajor v. Haenisch: Die Militärverwaltung würde es vorsehen, alle Stellen der Bezirkskommandos mit aktiven Offizieren zu besetzen; aus Sparmaßregeln habe man davon sechs Abhand genommen, nicht etwa weil man glaube, daß die inaktiven die Geschäfte besser wahrnehmen würden. Im Uebrigen widerspricht es dem Militärgesetz, in der Ober-Ersatzkommission einen inaktiven Offizier zu beschäftigen. Die Militärverwaltung hält auch heute noch den Brigadekommandeur für notwendig, glaube aber den Bedenken der Kommission nachgeben zu sollen und will sich zunächst ein Jahr noch mit einem Oberst „behelfen“.

Abg. Richter: Aus den Bemerkungen des Herrn Kommissars geht hervor, daß die Regierung den Gedanken, sämtliche Bezirkskommandos mit aktiven Offizieren zu besetzen, noch nicht aufgegeben hat. Ich kann denselben für grundsätzlich nicht richtig halten. Im Gegensatz zu dem Abg. von Huene zweifle ich nicht, daß, wenn man nur die nötige Gehaltszulage zu der Pension gewährt wird, inaktive Offiziere für die Bezirkskommandos sich finden werden.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Die Militärverwaltung würde erfreut sein, in allen Bezirkskommandos vollständig felddienstfähige Offiziere zu haben, ist sich aber der Verpflichtung bewußt, mit den finanziellen Interessen des Landes zu rechnen. Die Frage, ob in diesen Stellen die inaktiven durch aktive Offiziere ersetzt werden können, ist deshalb gar nicht zur Erwägung gekommen, und die Forderung für Berlin ist nicht als Anwartschaft zu betrachten für eine derartige Ersatzausstellung. Wenn der Versuch, nur mit einem zweiten Oberst auszukommen, glückt, so werden wir ganz gewiß nicht mit der neuen Forderung eines Brigadekommandeurs kommen; er hat aber viel mehr Aussicht zu glücken, wenn wir einen aktiven Offizier für die zweite Stelle bekommen. Die Anstellung eines inaktiven Brigadekommandeurs würde, wie Generalmajor von Haenisch schon erwähnte, gegen den Wortlaut des Militärgesetzes verstoßen.

Abg. Richter: Wenn die Verwendung des inaktiven Offiziers in der Ober-Ersatzkommission mit dem Militärgesetz in Widerspruch steht, so wäre es richtig, dasselbe mit Rücksicht auf die großen Städte in dieser Hinsicht zu ändern.

Darauf wird das Gehalt für einen aktiven Regimentskommandeur bewilligt, dasjenige für einen Brigadekommandeur abgelehnt.

Zu Kap. 20, Gouverneure, Kommandanten, Platzmajore, hat Abg. Richter den Antrag eingebracht, eine Anzahl von Kommandanten in einer Reihe von offenen Städten als künftig fortfallend zu bezeichnen. Die Budgetkommission, welcher dieser Antrag zur Berathung überwiesen worden war, empfiehlt Ablehnung des Antrags und schlägt die Annahme folgender Resolution vor: den Bundesrath zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und welche Kommandantenstellen als künftig wegfällig zu bezeichnen sein dürften, und dem Reichstage bei der nächstjährigen Etatsberathung vom dem Resultate dieser Erwägungen Kenntniß zu geben.

Abg. v. Bollmar: Den Soldaten wird verboten, gewisse Wirtschaften zu betreten, weil dort ein Geist herrsche, der den Truppen „gefährlich“ werden könne. In Mainz hat dieses Verbot 18 Wirtschaften an einem Tage getroffen, in Nürnberg sind bereits 76 Wirtschaften verboten; in Berlin mögen die Verbote 4 bis 5 mal so groß sein. Ich hebe auf dem Standpunkte, der freilich jetzt von der Mehrheit des Hauses noch nicht, geschweige denn auf der Regierungsbank, getheilt wird, daß der Soldat ein Bürger ist, der seine Dienstzeit ableistet, dem aber keine anderen Rechte vorenthalten werden dürfen. Es sind übrigens nicht bloß öffentliche Wirtschaften, sondern auch andere öffentliche Stellen verboten worden, z. B. in Dresden Tabakläden. Analog könnte nun auch eine Zivilbehörde solche Verbote erlassen, und dadurch kann eine ganz bedeutende Schädigung von Privatleuten in ihrem Gewerbe entstehen. Wenn wenigstens noch eine öffentliche Untersuchung den Verboten vorausginge. Ein Mann, dessen Wirtschaft ein solches Verbot traf, der aber nie Sozialdemokrat gewesen, wandte sich an die Polizei um Aufklärung, wurde aber an das Militärkommando gewiesen, da sie mit der Sache nichts zu thun habe. Es stellte sich heraus, daß das Verbot einfach auf Grund der Denunziation eines früheren Bediensteten erfolgt war. Solche Verbote sind übrigens eher geeignet, die Soldaten auf die Sozialdemokratie aufmerksam und neugierig zu machen, und es ist das „Gefährliche“ der sozialdemokratischen Ideen, daß wenn man ihnen erst einmal näher getreten ist, man sich immer tiefer in dieselben hineinlebt. Ich habe diese Dinge zur Sprache gebracht, weil nicht bloß die Soldaten, sondern hunderttausende von Privatpersonen dadurch geschädigt werden.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Die einzelnen Verbote sind mir nicht bekannt; aber ich spreche meine gewissenhafte Ueberzeugung dahin aus, daß, wo ein derartiges Verbot erfolgt ist, es in wohlüberlegter und wohlüberdachter Weise im Interesse der Disziplin ergangen ist. Dafür, daß dieser Gesichtspunkt Berücksichtigung findet, spricht doch, daß die Kommandanten und Gouverneure, also hochgestellte Offiziere es sind, welche derartige Befehle ertheilen. Der Abg. v. Bollmar unterschätzt die Intelligenz des deutschen Soldaten doch sehr, wenn er glaubt, daß derselbe, durch das Verbot neugierig gemacht, um so eher in jene Wirtschaften gehe.

Abg. Richter: Mein Antrag hat für dieses Jahr keine unmittelbare praktische Bedeutung. Wenn nun die Kommission im Einverständnis mit dem Kriegsminister, Erwägungen in der Richtung meines Antrages eintreten zu lassen, beschlossen hat und gegen meinen Antrag vorbringt, daß die Verhältnisse sich nicht so rasch klarstellen lassen, so bin ich damit einverstanden, daß zu Gunsten der Resolution mein Antrag nicht zur Abstimmung kommt. Daß die Militärverwaltung ihrerseits die Soldaten von der Betretung mit den politischen Parteien fern zu halten sucht, würde ich begreiflich finden, wenn sie nicht selbst an der politischen Agitation sich theilnähme. Der Kriegsminister wird es persönlich gewiß für ungerechtfertigt halten, daß bei Kontrollversammlungen politische Verhältnisse und Wahlen berührt werden. In Lauenburg in Bommern hat aber ein Stadtschreiber in der Kontrollversammlung eine Ansprache gehalten, in der er von der Gesinnungsgleichheit des Soldaten sprach und diese darin fand, daß er so wähle, wie in dem betreffenden Wahlkreise stets gewählt worden sei, und das thue, was Sr. Majestät der Kaiser will. Solche Reden dürfen auf Kontrollversammlungen jedenfalls nicht gehalten werden.

Abg. Schott (Vollpartei): Der Herr Kriegsminister legt doch zu wenig Werth auf die von Herrn von Bollmar vorgetragene Beschwerde. Ich bestritte, daß in allen Fällen seitens der Kommandanturen mit reichlicher Ueberlegung verfahren worden; ganz im Gegenteil sind zahlreiche Verbote ohne jeden zureichenden Grund erlassen. Noch schlimmer aber wäre es, wenn der Kriegsminister Recht hätte; es handelt sich ja keineswegs allein um sozialdemokratische Wirtschaften, nein, die Militärbehörden sind soweit gegangen, ein Verbot zu erlassen bloß deshalb, weil dieser oder jener Kaufmann einen Wahlauftrag zu Gunsten eines Oppositionskandidaten unterschrieben hatte. Die Militärbehörde findet es also passend, in die Wahlagitacion einzugreifen und ihren Einfluß auszubieten, um die Wähler der Opposition einzuschüchtern. Ich halte das für ganz unzulässig. Die Kommandanten können die wirkliche Lage der Dinge in jedem Einzelfalle gar nicht übersehen, da sie lediglich auf die Angaben angewiesen sind, die ihnen von subalternen Behörden gemacht werden. Ich danke deswegen dem Abg. v. Bollmar, daß er diese Angelegenheit hier angeht.

Abg. v. Bollmar: Ich habe mich über die zu erwartende Antwort des Herrn Kriegsministers von vornherein keiner Täuschung hingeeben; aber es ist doch ganz gut gewesen, daß dasjenige, was bisher bloß inoffiziell durch die Presse ging, jetzt auch auf die Reichstagstribüne gelangt ist. Es giebt gewiß hier im Hause und selbst auf der Rechten Viele, welche glauben, daß die Loyalität der Gewerbetreibenden dadurch nicht geschädigt wird, daß man sie Schädigungen aussetzt, gegen welche sie sich nicht schützen können. In dem einen von mir angeführten Falle hat die Polizei dem Betroffenen ausdrücklich ein gutes Zeugniß ausgestellt, die Kommandanturbehörde aber erklärte gleichwohl, daß für sie die Sache abgethan sei. Auch sind in der That die Geschädigten nicht bloß Sozialdemokraten, sondern auch vielfach Volksparteiler, und nicht allein die Parteistellung des Wirtbes wird in Betracht gezogen, sondern meistens genügt die bloße Behauptung, daß in dem Lokale Sozialdemokraten verkehren. Derselbe, welche zu dem Urtheil über derartige Fragen politischer Natur berufen sind, befinden sich gewiß sehr häufig gar nicht in der Lage, ein solches Urtheil abgeben zu können. Wenn der Kriegsminister erklärt, der Geist der Armee sei nicht ein solcher, daß das Verbot einer Wirtschaft einen erhöhten Anreiz zum Besuche derselben gebe, so sieht er die Sache doch etwas von oben an; wie sie von unten ausschaut, das vermögen viele Abgeordnete sicherlich besser kennen zu lernen, als höhere Offiziere. Neulich wie in Mainz sind in Hannover auf einmal 26 Wirtschaften kurz vor Weihnachten verboten worden; so ganz genau kann es also schlechterdings in jedem Einzelfalle nicht genommen werden sein. Und wie soll ein Soldat in großen Städten mit ihren Hunderten von Lokalen immer über alle verbotenen orientirt sein, wenn man ihm nicht gerade Karten in die Hand giebt, auf welchen alle unterlagen Häuser roth angestrichen sind? Ich habe selbst erlebt, daß Soldaten in solche ihnen verbotenen Lokale hineingekommen sind und daselbst Blag genommen haben, weil sie eben von dem Verbot nichts wußten.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Es wird mir auferordentlich schwer, den Zusammenhang zwischen diesem Etatkapitel und dem Vortrage des Abg. Richter über Vorgänge in einer Kontrollversammlung zu finden, wie es überhaupt ungemein schwierig ist, auf solche Privatbriefe einzugehen, welche dieser oder jener Abgeordnete hier vorliest, und namentlich darauf hin etwas Bestimmtes zu veranlassen. Wer eine Klage über Vorkommnisse in der Armee hat, sollte sich doch zuerst an den nächsten Vorgesetzten wenden, der ihn vermeintlich geschädigt hat; bekommt er da nicht Recht, so sollte er den Instanzengang inne halten, in welchem die Sache ja dann schließlich auch an das Ministerium gelangt. Es fragt sich doch auch, ob die thatsächlichen Mittheilungen eines solchen Privatstrebens durchweg richtig sind, und zudem kommt es bei derartigen delikaten Sachen doch auch gar sehr auf den Wortlaut an. Daß allgemein die Mannschaft bei den Kontrollversammlungen zur Treue an Sr. Majestät den Kaiser und König erinnert wird, dagegen wird auch wohl Niemand hier im Hause etwas einwenden wollen. Daß politische Deduktionen, Abzügen der Parteiverhältnisse gegen einander im militärischen Dienst nicht vorkommen dürfen, steht außer Zweifel, aber es kann erinnert werden an den Glauben, den jeder Soldat wie ein Dogma übernommen hat, daß, was der Kaiser thut, dem Volke zum Besten gereicht, das ist der Stern, den wir Alle im Auge behalten bis an unser Lebentende, so lange wir ein treues Soldatenherz haben. (Bravo! rechts.) Herr v. Bollmar erwidert ich: Mögen die vermeintlich Geschädigten sich bei den Vorgesetzten melden, dann ist auch Remedur möglich. Die Gründe zu solchen Verböten sind sehr vielfältig. Ich selbst habe als Kommandant von Potsdam z. B. den Besuch eines Bgartengeschäfts verboten, weil der Inhaber unmittelbar nach dem Attentat Bilder von Lölde ausdug; er hat sich auch beschwert, aber nicht Recht bekommen. Nicht nur Lokale, in denen der Soldat unangenehme Gesellschaft findet, sondern auch solche, die in moralischer Beziehung Bedenken erregen, solche, in denen gewohnheitsmäßige Schlägereien und Prügeleien stattfinden, werden von dem Verbot betroffen; oft bitten die Wirthe von Lokalen der letzteren Kategorie selbst um ein solches Verbot. So leichtlich wird demnach in dieser Beziehung keineswegs verfahren. Dem jungen Soldaten soll das Betreten anständiger Lokale nicht beschränkt werden; wir freuen uns, wenn er sich des Sonntags einen frühlichen Nachmittag machen kann; aber bezüglich seiner Gefinnung, seines Lebenswandels, seines persönlichen Verhaltens müssen wir darauf sehen, daß er möglichst solche Lokale besucht, wo er ein gutes, nicht wo er ein schlechtes Beispiel findet.

Abg. v. Seiddorf hält es für sehr angebracht, daß die konservative Partei ausdrücklich ihre Uebereinstimmung mit der seitens der Armeeverwaltung befolgten Praxis in der bezüglichen Richtung bekundet.

Abg. Richter: Im einzelnen Falle ist es ja richtig, abzuwarten, ob der Betroffene den Bschweideweg beschreitet; wenn aber ein über die einzelne Personlichkeit hinausgehendes allgemeines politisches Interesse vorliegt, so kann dieses Abwarten nicht unsere Sache sein, sondern wir nehmen dann die Gelegenheit wahr, diese Dinge hier öffentlich zur Sprache zu bringen. Dazu sind wir hier. Deshalb ist auch der Lauenburger Fall angeführt worden. Es handelt sich dabei nicht um den betreffenden Offizier, sondern darum, eine allgemeine Erklärung vom Kriegsminister zu erhalten. Die Treue zu Sr. Majestät dem Kaiser ist „Gott sei Dank!“ derart selbstver-

ständlich, daß es ebenso wenig, wie Bürgermeister ihre Aufgabe halten, bei ähnlichen Gelegenheiten Ermahnungen zur Treue gegen den Kaiser an die Bevölkerung zu richten, bei Kontrollversammlungen derselben bedarf. Hier ist es dabei nicht geblieben, sondern der redelustige Herr, der vierstel Stunden sprach, hat dieser Treue eine politische Färbung sich zu geben bemüht, er wollte die Besessenen wissen als eine solche, die sich nur durch eine servatire Wahl beruhigen kann. Darin liegt eine Verletzung gegen Alle, die nicht der konservativen Richtung huldigen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Abg. Richter hier vorgetragen hat, beruht auf einem Mißverständnis, den ich zur Grundlage meiner Erörterungen nehmen kann.

Abg. Heine (Sozialdemokrat): Wenn den Soldaten überdies Lokale verboten werden, so wird Niemand das etwas einzuwenden haben. Etwas Anderes ist aber ein solches Verbot zu Polizei-Drohungen ausgenutzt worden. In den Fällen, wo Wirtben von sozialdemokratischen Verhältnissen abgemietet waren. Sofort erschienen Beamte und drohten mit Entziehung des Militärbesuchs. Diese Drohung ist überall durchgeführt, wo die Wirthe die Forderung der Polizei nicht willfährig erwießen. Bezeichnet ist vielleicht noch ein anderer Fall. In einer Stadt war sozialdemokratische Versammlung verboten worden. Die Teilnehmer an derselben begaben sich in ein nahe gelegenes Haus von Arbeitern gar nicht besucht zu werden pflegte. Dem wurde auch hier der Wirt ersucht, den Gästen den Zutritt zu verbieten, er hätte sich sonst die Folgen seines Verwehrens zuschreiben. Der Wirt erklärte, daß so lange die agitatorisch nicht auftreten, er weder das Recht noch die Pflicht zu einer solchen Verweigerung habe. Ein Tage darauf ward der Besuch dieses Lokals, das, wie von Arbeitern nicht besucht wurde, für das Militär verboten. Das sind Fälle, die mich bestimmen, mich den an den Kriegsminister gerichteten Wünschen anzuschließen.

Abg. Schott: Der Herr Kriegsminister hat uns an Instanzengang verwiesen. Aber bei Betretung derselben ist nur selten etwas heraus. Selbstkritik zu üben ist schwer, selten wird der Offizier, der eine von ihm getroffene Ordnung nochmals zu prüfen hat, sagen: ich habe mich geirrt. Ich möchte deshalb bitten, daß bezüglich des Verbots Wirtschaften eine mildere Praxis denn bisher Blag gegeben wird.

Abg. v. Hammerstein erklärt die von Richter vorgetragene Beschwerde für ungläubwürdig.

Abg. Richter: Die Herren suchen die Aufmerksamkeit von der Hauptsache auf Nebendinge abzulenken. Auf die jenen Fall, den ich berührt, kam es mir gar nicht an, liegt der Grund recht nahe, weshalb ich den Namen der betreffenden Person nicht nenne; ich hatte nur ein Interesse zu wissen, wie der Herr Kriegsminister es auffaßt, wenn Klagen über die Wahlen, die Treue zu Kaiser und Königin Verbindung gebracht werden mit militärischen Verhältnissen. Wenn er ausweicht mit seiner Erklärung, so wird die ähnliche Fälle nicht ohne Einfluß bleiben, das Pathe wird in die militärischen Verhältnisse mehr hineingetragen, als wünschenswert ist.

Abg. Möller: Nachdem Herr v. Seiddorf es ausdrücklich als notwendig anerkannt hatte, die Wahlagitacion militärischen Kreisen fern zu halten, bin ich überrascht, daß v. Hammerstein es unternommen hat, einen Vorfall in der heidigen (Rufe rechts: Posfall), wo eine militärische rüdt recht elastante Wahlagitacion betrieben hat. Der Vorfall hat allgemein Unwillen erregt und kann kaum den militärischen Vorgesetzten unbekannt geblieben sein. Man hat aber keine Remedur gehört. Das sollte doch doch auch der Beschwäderte mit seinem Vorgesetzten besprechen, dessen Betreten dierigens nicht ohne Bedenken für Personen, die noch in dienstlichem Verhältnisse militärischen Vorgesetzten stehen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Das letzte Wort des Vortragners bedarf einer Ermöderung, weiß nicht, woher derselbe seine Erfahrung hat; ich habe die Armee, der ich seit 35 Jahren angehöre, die Erfahrung gemacht, daß Beschwerden nur in dem Falle bedenkliche Folgen haben, wo dieselben ungerechtfertigt gemessen sind. (Lachen links.) danke Ihnen (links) für das Kompliment; wenn Sie lachen, so wird dieses Geschäfter hoffentlich im stenographischen Bericht verzeichnet und im Lande bekannt werden. Ich hole nochmals, nur für diejenigen ist die Sache bedenklich, welche ohne Grund Beschwerde führen. In diesem Falle wird das Vorgehen als Disziplinarvergehen bestraft. Wer aber gerechte Klagen vorträgt, erhält auch in der Armee sein gutes Recht, und es wäre naürlich für die Armee, wenn das anders wäre.

Abg. v. Bollmar glaubt, daß auch die nochmalige Erwähnung einer von der Militärbehörde getroffenen Verfügung die objektive Richtigkeit derselben feststellen werde. Die haben allerdings kein Recht auf den Besuch der Soldaten der Polizei wird so eine ungebührliche Befugniß erlangen. Sie kann vor den Vaden jedes ihr Mißliebigen einen Mann stellen, der vor dem Besuch desselben warnt, wie auch in Sachsen, aber auch nur da, bereits passiert ist, unserer Anschauung hat die Militärbehörde übrigens gar nicht das Recht zu einem Verbot von Wirtschaften, was vom formalen Standpunkt ist diese Frage zweifelhaft, rechtigung, solche Verbote auszusprechen, spricht nur die militärische Disziplinverhältnisse, das von mir und den Soldaten immer bestritten wird.

Abg. v. Hammerstein bezweifelt auch die von Bollmar vorgebrachten Thatsachen!

Abg. Saro: Ich hätte gewünscht, daß Herr Richter Namen des betreffenden Offiziers genannt hätte. Die Sache geht es auf einen Vorfall, der auch mich in der Armee ist. Aber daß derselbe allgemeinen Unwillen erregt, beruht nur auf der subjektiven Auffassung des Herrn Möller, war in Königsberg nicht die Rede, oder doch nur der Möller und seiner Partei, die Gott sei Dank immer noch Schweden begriffen ist. Herr Abg. Möller, dessen Kommunalen und politischen Leben bei uns einst eine Rolle gespielt, hat diesmal nur mit Hilfe der Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt werden können.

Abg. Richter: Ich habe mich in die Auseinandersetzungen zwischen konservativen und Sozialdemokraten gemischt. Es macht aber einen eigenthümlichen Eindruck hier konservativseitig jede Berührung zwischen Soldaten und Soldaten zurückgewiesen wird, andererseits ein konservativer Polizei-Präsident erklärt, daß Sozialdemokraten jeder sind, als ein Freisinniger. Ich begreife nicht, nachdem der Reichskanzler die Hoffnungen hat, hier noch ein Duzend Sozialdemokraten leben. Vergleichen pflegt Vermittlung in das Land bringen. Da die konservative Partei nach der ganzen des Reichskanzlers den Sozialdemokraten näher steht, so muß ich diese Auseinandersetzung über den Wahlkreis als etwas Internes zwischen den Parteien ansehen (Beifall) und es ihnen selbst überlassen. Wie schwach es mit der Sache bestellt ist, das sieht man durch den Ausfall des Herrn Saro, der in Königsberg nicht als Kandidat hat aufstellen lassen, er wurde in Königsberg nicht gewählt worden sein. (Große Lachen.) Herr Saro ist ganz und gar von der Sache abgewandert. Er hat die Verhältnisse zwischen Zivil und Militär im allgemeinen erörtert. Daraus steht man, daß die Sache selbst nicht rechtfertigen kann. Auf den einseitigen kommt es überhaupt gar nicht an. Alles wäre nur

schad erbe...  
reben bei...  
Bathos d...  
dem Reich...  
durchaus...  
wird dar...  
nicht ger...  
auf, daß...  
Beschän...  
Krieg...  
Ich habe...  
find, ein...  
für heute...  
Jemand...  
daß er...  
tag von...  
schwerde...  
in der M...  
bei seine...  
Reichst...  
eine Gef...  
Arme...  
sich in...  
Zeit in...  
angüen...  
genannte...  
der Sach...  
Wer bei...  
in geord...  
Abg...  
lärischen...  
schwerde...  
dieses M...  
nehmlich...  
und Tau...  
Thatsach...  
ganze V...  
des Herr...  
Krie...  
Röller i...  
sichleite...  
sich durch...  
solchen...  
jeden S...  
weil er...  
ihm ver...  
Es hand...  
wird nicht...  
Abg...  
aus der...  
Wir ha...  
Berber...  
dieselben...  
Minister...  
gesellsch...  
nehmlich...  
selbst vo...  
gerechtere...  
gegen d...  
wird, die...  
Konsequ...  
das Wal...  
unter de...  
wehrt ma...  
wehrbau...  
halten le...  
Krie...  
Abg. D...  
Freunde...  
Armee...  
Vorgeh...  
richtig i...  
ich sager...  
wenig...  
Verschie...  
überbau...  
langjahr...  
Leute bi...  
richtig f...  
Abg...  
schränkt...  
Wir ger...  
gen weil...  
Bisher i...  
wägung...  
besten v...  
ob es je...  
wahre n...  
person h...  
bei Gele...  
fähliche...  
das Hal...  
Je wenn...  
einem A...  
solche A...  
Land n...  
Regt...  
besten...  
zaden...  
schwerde...  
Abreise...  
nison b...  
Beschei...  
mit fern...  
ich nehm...  
dem bar...  
Soldate...  
Die...  
merkung...  
Da...  
schlagen...  
Ed...  
gemeine...  
tragel...  
Ra...  
weitige...  
sch...  
ordnet...  
zu erlä...  
Inspelt...  
in Inte...  
Maxim...  
6000 V...  
wüßt...  
in ein...  
können...  
Beram...  
der Ma...  
können...  
reichen...  
Klage...  
daß we...  
länge...

fach erledigt, wenn der Minister erklärt hätte, daß er Wahlreden bei Kontrollversammlungen nicht für richtig halte. Das Rathos des Ministers erinnerte mich an ähnliche Fälle mit dem Reichskanzler. Es war gegenüber unseren Anmerkungen durchaus nicht angebracht. Er sagte, das Beschwerdeverfahren wird dann unangenehm empfunden, wenn die Beschwerden nicht gerechtfertigt sind. Unsere Heiterkeit bezog sich nur darauf, daß der Minister glaubt, daß in solchem Grundgesetz keine Beschränkung des Beschwerderechts liegt.

**Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff:** Ich habe keine Veranlassung, an Fälle, welche nicht konstatirt sind, eine grundsätzliche Erörterung zu knüpfen; das erkläre ich für heute wie für die Zukunft. Es wäre sehr billig, wenn jemand in der Armee eine Beschwerde zu haben glaubt, daß er dann einen Abgeordneten bittet, sie im Reichstag vorzutragen. Wir haben unseren geordneten Beschwerdeweg, und ich wünsche am wenigsten, daß es in der Armee Mode wird, daß jemand, der glaubt, er könne bei seinen Vorgesetzten nicht Recht bekommen, sich an einen Reichstagsabgeordneten mit der Bitte wendet, von dem Minister eine Erklärung zu verlangen. Mein Verhalten wird in der Armee sehr wohl verstanden werden; wer sich beschwert, mag sich beschweren auf seine Kosten und Gefahr. Heute ist die Zeit des Reichstags lediglich in Anspruch genommen zum Vergnügen eines Einwohners, zum Vergnügen einer nicht einmal genannten Person; und wenn sich nachher herausstellt, daß an der Sache kein wahres Wort ist, wer ist dann verantwortlich? Wer Beschwerde führen will, muß auch den Muth haben, sie in geordnetem Wege vorzubringen.

**Abg. Dr. Müller:** Ich bin ja überzeugt, jedem militärischen Beschwerdeführer wird sein Recht, wenn seine Beschwerde als begründet befunden wird; aber die Erlangung dieses Rechts muß oft erlaucht werden durch dienstliche Unannehmlichkeiten; und davon ist die Furcht so groß, daß Hunderte und Tausende lieber auf den Beschwerdeweg verzichten. Diese Thatsache mag dem Kriegsminister unbekannt sein, aber das ganze Publikum kennt sie. Auf die allgemeine Standrede des Herrn Saro einzugehen, erlassen Sie mir wohl.

**Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff:** Herr Müller ist nicht informiert, wenn er von dienstlichen Unannehmlichkeiten beim Beschwerdeführen sprach. Der Beschwerdeweg ist durch Allerhöchste Verordnung geregelt, und danach ist von solchen Unannehmlichkeiten keine Rede. Natürlich ist es für jeden Soldaten unangenehm, seinen Vorgesetzten zu verfluchen, weil er das Gefühl hat, daß er ihm gehorchen soll, daß er ihm vertrauen soll; aber wozu diese Diskussion im Parlament? Es handelt sich um eine innere Angelegenheit der Armee, die wird nicht im Parlament zum Austrag gebracht.

**Abg. Dirichlet:** Wir haben unsere Information auch aus der Armee von unseren Angehörigen und Bekannten. Wir haben bei uns die allgemeine Wehrpflicht, auf Grund derselben gehören sie der Armee an. Wir haben also genau dieselben Informationen aus den Kreisen der Armee, wie der Minister, und stamme die unfrije vielleicht aus etwas anderen gesellschaftlichen Schichten der Armee. Die dienstlichen Unannehmlichkeiten kommen allerdings nicht beim Beschwerdeführen selbst vor, aber sie folgen, wenn die Beschwerden als ungerechtfertigt abgelehnt werden. Dann gilt dies als Vergehen gegen die Disziplin, und wie die Militärbehörde entscheiden wird, kann der Beschwerdeführer vorher nicht wissen. Die Konsequenz der Anmerkungen des Herrn Kriegsministers ist, das Wahlrecht nicht nur für diejenigen ruhen zu lassen, welche unter der Fahne stehen, sondern auch für Reservisten, Landwehrmänner und Landsturm. Das folgt, wenn ein Landwehrhauptmann bei der Kontrollversammlung Wahlreden halten kann.

**Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff:** Den Abg. Dirichlet bitte ich, sich einmal bei seinen militärischen Freunden und Verwandten zu erkundigen, was wohl in der Armee entstehen würde, wenn unbegründete Beschwerden über Vorgesetzte straflos bleiben würden. Wenn übrigens das richtig ist, was Herr Dirichlet aus Armeekreisen erzählt, so muß ich sagen: diese Kreise haben während ihrer Dienstzeit unendlich wenig von dem gelernt, was der Soldat lernen soll. Eine Verschiedenheit der Gesellschaftsschichten giebt es in der Armee überhaupt nicht. Ich schöpfe meine Informationen aus meinen langjährigen persönlichen Erfahrungen, oder, wenn ich andere Leute höre, doch aus Quellen, die besser über die Armee unterrichtet sind, als die Gemüthsleute des Herrn Dirichlet.

**Abg. Richter:** Das läuft doch ein bißchen auf den beschränkten Unterhosenverband hinaus. (Sehr wahr! links.) Wir gewöhnen uns ja auch nachgerade daran, solche Anschauungen wieder schärfer am Ministerisch hervorzuheben zu sehen. Bisher war es auch noch nicht Sitte, vom Ministerisch Erwägungen darüber zu hören, wie das Haus seine Zeit am besten verwenden würde. Es ist lediglich Sache des Hauses, ob es seine Debatten ausdehnen oder verkürzen will. Ich vermahne mich dagegen, als ob ich zum Vergnügen einer Privatperson hier Debatten veranstalte. Mir kam es nur darauf an, bei Gelegenheit dieses Staats, was mein Recht war, eine grundsätzliche Erklärung des Ministers darüber zu erhalten, ob er das Halten von Wahlreden bei Kontrollversammlungen billigt. Je weniger wir Sicherheit haben, daß innerhalb der Armee an einem Punkte das Richtige geschieht, desto mehr müssen wir solche Mängel hier zur Sprache bringen; dafür ist uns das Land nur dankbar. (Beifall links.)

**Abg. Kröber:** Selbst wenn der Beschwerdeführer obliegt, ist er keineswegs in guter Lage, er verliert zum mindesten das Wohlwollen seiner Vorgesetzten, und seine Kameraden verzichten dann ein andermal freiwillig auf das Beschwerderecht und dulden lieber Unrecht. Gerade vor meiner Abreise ist mir ein solcher Vorfall aus der Münchener Garnison berichtet worden, und war ich daher veranlaßt, über die Besichtigung des Herrn Kriegsministers zu lassen. Es lag mir fern, den Herrn Kriegsminister dadurch verletzen zu wollen, ich nehme gern an, daß es dem Herrn Kriegsminister und auch dem bayrischen Kriegsminister damit Ernst ist, auch dem letzten Soldaten sein Recht zu verschaffen.

Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Das Kapitel wird mit der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution genehmigt.

Schluss 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Allgemeine Rechnung für 1881-82; dritte Sitzung des Reichstagsrats — Dampfbarlaste für Kamerun — Militärstat.)

## Kommunales.

Nachdem die Normal-Deputation über eine anderweitige Regelung der Staatsverhältnisse der Schul-Inspektoren sich schlüssig gemacht hat, ersucht der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung, sich mit diesem Beschlusse einverstanden zu erklären, und zu genehmigen, daß das Gehalt der Schul-Inspektoren anfangs 5400 Mark betrage und das Einkommen in Intervallen von 3 Jahren um je 300 Mark bis zu dem Maximum von 6900 Mark steigen soll. Die Beträge über 6000 Mark sollen als pensionsfähige Funktionszulage gewährt werden, auf welche bei dem etwaigen Uebertritt in ein anderes Amt keinen Anspruch soll erhoben werden können.

Die Verlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die Gültigkeit, aus welchen der Bau der Markthallen in der Janenstadt nicht fortgesetzt werden können, ist, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, von ziemlich umfangreichen Schriftstücken begleitet. Sie enthält namentlich in der Klage eine sehr eingehende Kritik des Verlangens der Polizei, daß wegen etwa möglicher Panik in den Markthallen die Eingänge zu denselben so breit gehalten sein sollten, wie etwa der

Fahrdamm in der Mohrenstraße, d. h. 9 M. breit. Es wird in der Klage behauptet, daß diese Forderung ebenso rechtswidrig wie sachwidrig sei. Bekanntlich hat sich das Polizeipräsidium zur Begründung seiner Ansprüche an die Stadt, deren Verwirklichung (wegen der hierdurch entzogenen Nutzung des an der Straße liegenden Vorderlandes für Gemeinde- oder sonstige Ertragswerke) das Markthallen-Unternehmen um Hunderttausende belasten würde, ganz allein auf die landrechtliche Definition vom Amt der Polizei: „Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei“ berufen. Auf diese allgemeine, der Polizei ertheilte Vollmacht stützt sich das Verlangen. Da aber der Gesetzgeber nur von bevorstehender Gefahr in der Definition gesprochen hat, so ist in der Klage die Frage aufgeworfen worden, ob die Vermuthung des Herrn Branddirektor Würt, es könnte einmal in einer Markthalle eine Panik durch Feuerschrecken entstehen, irgend welchen Boden in der Wirklichkeit habe. Es ist in der Klage ausdrücklich nachgewiesen, daß selbst die Redaktoren des Landrechts nur an „Gefahren“ gedacht haben, deren Bedenken nach objektiven, aus der Erfahrung hergenommenen Momenten anzunehmen ist. Was darüber hinausgeht, sei imaginär. Es ist ferner in der Klage dargelegt, daß die Markthallen, um welche es hier handelt, derartige Dimensionen haben, daß die Annahme einer durch ausbrechende Panik entstehenden Menschen-Ansammlung und Gefährdung derselben umso mehr ausgeschlossen sei, als durch einen 4 Meter breiten Ausgang in einer Minute bequem tausend Menschen ohne besondere Ueberstürzung den Ausgang nach der Straße gewinnen können.

## Lokales.

**Der im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen,** es kann ihm sonst zu leicht passiren, daß ihm einige Scheiben eingeworfen werden. Es giebt in Berlin wohl kaum eine Zeitung, die an Dreistigkeit und edler Unverfrorenheit so viel geleistet hätte, als das in dieser Beziehung hinsichtlich bekannte und schon oft gekennzeichnete „Berliner Tageblatt“. Wie oft ist dieses sogenannte Weltblatt nicht schon auf einer wirklich bössartigen Privat-Druckerei eriotoppt worden, man denke nur an die rühmlich bekannte Gesandtschaft des Mahdi, die nach dem „B. Z.“ zur Theilnahme an dem Berliner Kongress unterwegs sein sollte, — man erinnere sich nur jener „verführten“ Berichte über die Flottenmanöver aus Kiel im vorigen Jahre, und man wird einsehen, wie jenes dreiste Blatt, welches von Organen der eigenen politischen Obergang als eine öde Beilage zu dem humoristisch sein sollenden „W.“ hingestellt wird, seine Leser zu täuschen versteht. „Die Wache ist Alles“ — heißt es dort, und man scheint genau zu wissen, was man einem Kreise fortschrittlicher Leser zu bieten wagen darf. Im „Berliner Tageblatt“ ist natürlich Alles Original, von den Privat-Telegrammen aus allen Theilen der Welt, die meistens in den rauchgeschwängerten Bierstuben der Jerusalem-Strasse entstehen, an bis auf die ausgepugten Schnurzer, die älteren Jahrgängen anderer Zeitungen entnommen, gedehnt im „Berliner Tageblatt“ ihre Aufstellung feiern. So lesen wir in der gestrigen Montagsausgabe des edlen Blattes folgende, durch ehrwürdiges Alter sich auszeichnende Geschichte: Diana im Bade. Auf einem Herrenhause in Schweden fand in Betanlassung des Geburtstages des Hausherrn eine große Gesellschaft statt. Alle Nachbarn hatten sich eingefunden und ihre Glückwünsche ausgesprochen. Unter den Gästen befand sich auch ein junger Pastor, den wir D. nennen wollen. Dieser war sehr beliebt, sowohl wegen seines Freisinn, wie wegen seines liebenswürdigen Wesens. Die Gesellschaft befand sich in der angenehmsten Stimmung, man hatte bereits die ganze Gala ländlichen Vergnügens durchgelassen, dabei wurde ein Vorschlag, lebende Bilder zu arrangiren, mit lautem Jubel begrüßt. Die Arrangements waren bald gemacht, und ein gelungenes Bild nach dem andern wurde enthusiastisch applaudirt. Plötzlich hörte man hinter dem Vorhang einige sonderbare Töne, die von unterdrücktem Lachen begleitet wurden, und gleich darauf trat der Pastor H. hervor und erklärte, daß das nächste Bild „Diana im Bade“ darstellen werde. Die anwesenden Damen schauten einander verlegen an und mehrere der älteren Herren wagten einige scherzhaft Bemerkungen darüber zu machen. Die „gemüthlichen Gefühle“ verwandelten sich jedoch bald in die ausgelassenste Heiterkeit, als der Vorhang aufging und das Bild sich vor der Gesellschaft zeigte. Mitten auf der improvisirten Bühne stand ein großer Holzstübel voll mit Wasser, aus welchem der schwarze Kopf der Diana — des Jagdhundes des Gastes — mit wehmüthigen Blicken die Anwesenden musterte. Unter diesen erkannte Diana ihren Herrn und stürzte nun vor Freude mit lautem Gebrüll aus dem unfreiwilligen Bade mitten in die Gesellschaft, welche erschreckt nach allen Seiten entflo. Nur mit Mühe gelang es, den schlängelnden Schleiher vor die badende Diana zu ziehen. Der Pastor H. aber mußte viele Scherze wegen seiner Bekanntheit mit der heidnischen Göttin Diana über sich ergehen lassen, die er mit zufriedenem Lächeln aufnahm. — Nach dem Aufhalten der Herren vom „Berliner Tageblatt“ muß diese kleine Episode mindestens etwas Plantes enthalten, sonst hätte sie wohl schwerlich in denjenigen Spalten Aufnahme gefunden, in welchen sich so ziemlich die heroischensten Meister der deutschen Nation Rendez-vous geben, wo es von „illustren Entfällen förmlich wimmelt, und geduldeten Bärenjobber und halb bankrotte Sportleute gleichmäßig gefeiert werden, und sich die auf Tantiemen verlassenen Fabrikanten „geistigreichender“ Theaterstücke gegenseitig in widerlicher Weise bewühnrauchern. „Die Wache ist Alles“ — wenn jener Scherz hier in Berlin passirt wäre, so wäre er für die blästen Leser des „Deutschen Montagsblatt“ und der Montags-Ausgabe des „Berl. Ztbl.“ jedenfalls nicht würdig genug gewesen, man verlegt den Schauspiel der Handlung nach Schweden. Das kostet erstens nichts, und zweitens hört es sich viel besser an. Dadurch, daß man einem solchen Artikel die Chiffre eines sogenannten „Specialkorrespondenten“ vorsetzt, erhält die Sache in den Augen des Publikums nur eine größere Weihe, der Fortschrittsphilister läßt sich durch den „alten Schweden“ ganz sicher imponiren. Nun ist die Sache aber insofern recht unangenehm, als die Geschichte durchaus des Reizes der Neuheit entbehrt, dafür aber garnicht in Schweden passirt ist. In der Nr. 162 des „Berliner Volksblatt“ vom 30. September 1884 steht nämlich fast wörtlich derselbe Vorfall, nur mit dem Unterschied, daß er nicht in Schweden, sondern in der Nähe Berlins vorgekommen sein soll. Doch was schadet das, das „Berliner Tageblatt“ schämt sich jedenfalls niemals mit fremden Federn, — dies Kind, kein Engel ist so rein! — Wir wollten mit unseren Ausführungen nur einen kleinen Beitrag zur Entschuldigungs-Geschichte der sogenannten Original-Artikel des „Berliner Tageblatt“ geleistet haben, möge er dazu dienen, daß diesem anmaßenden Blatte endlich auch einmal ein wenig Bescheidenheit anezogen würde.

**Stenographischer Unterricht.** Öffentliche Unterrichtskurse in der Gabelberger'schen Stenographie werden von dem Stenographenverein „Gabelberger“ eröffnet: Donnerstag, 15. Januar, in der ehemaligen Dr. Wierprecht'schen Schule, Marktgrabenstr. 105 — Freitag, 16. Januar, in der königlichen Thierarzneischule, Luisenstr. 55 — Montag, 19. Januar, im Köllnischen Gymnasium, Inselstr. 2-5. Der Unterricht findet zweimal wöchentlich Abends 8 Uhr statt, Anmeldungen nehmen die betreffenden Schuldienere entgegen, oder können bei Beginn des Unterrichts erfolgen. Pränumerandobetrag zu den Kosten inkl. Lehrmittel 6 Mark.

**Ein anscheinend zu den sog. internationalen Taschendieben gehöriges Mitglied** ist gestern Nachmittag gegen 3 Uhr Unter den Linden, in der Nähe des Niederländischen Palais, in flagranti festgenommen worden. Derselbe ist ein angeblich aus England gekommener, hier auf der Durchreise befindlicher russischer Unterthan, welcher sich Israel Blume al. Quintel nennt. Blume sog. einer vor ihm gehenden Dame ein Portemonnaie aus der Tasche, wurde dabei bemerkt und zur Wache gebracht. Bei seiner Visitation wurde ein ziemlich beträchtliches Vermögen bei ihm gefunden, und zwar 15 1/2 Pf. Sterling und 255 Papierthaler in seinem Ornd eingeklebt auf der Brust, ca. 6 Rubel in Silbermünzen, 35 Mark deutsches Geld, ferner zwei Jehannarkstücke in einem blauen Damen-Portemonnaie mit Nagelstich und schließlich eine selberne Damenubr mit der Nr. 30 593/4. Das Portemonnaie und die Damenubr scheinen von Blume hier gestohlen worden zu sein. Blume, welcher den Diebstahl durchaus ableugnet, giebt vor, gestern früh aus London hier angekommen zu sein, um an demselben Abend weiter nach seiner russischen Heimath zu reisen.

Mehre Blätter berichten über eine schreckliche Scene, die sich am Sonnabend Nachmittag an den Kanalsufern zwischen der Potsdamer- und Bendorbrücke abgepielt haben soll. Ein Ehepaar, so melden sie, warf seine beiden Kinder in den Kanal, augenscheinlich in der Absicht, dem Mord den Selbstmord folgen zu lassen. Durch das Schreien der unglücklichen Opfer wurden Passanten herbeigelockt und die Eltern verhindert, den Kindern zu folgen, sie rannten daher der Potsdamer Brücke zu und führten hier ihren Vorsoh aus. Beide versanken so rasch in die Tiefe, daß die Rettungsversuche fruchtlos ausfielen. Zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags gelang es, die Leichen der Kinder aus dem Wasser zu fischen. Nach den Mittheilungen eines Berichterstatters ist über diesen Unfall bisher noch nichts bekannt geworden. Festgestellt ist ferner, daß die Kindesleichen, die doch aufgefunden worden sein sollen, bis heute früh nicht in die Morgue eingeliefert worden sind. In die Morgue ist seit Sonnabend nur die Leiche eines Mannes, an dem eine äußerliche Todesursache nicht wahrzunehmen, gebracht worden.

**Polizei-Bericht** Am 10. d. Mts. Morgens sprang ein unbekannter Mann gegenüber dem Hause Schönberger Ufer Nr. 23 in den Landwehrkanal und ertrank. — Am Nachmittage desselben Tages stürzte sich ein Mann aus dem Fenster seiner in der Reichstraße im 2. Stock belegenen Wohnung auf die Straße hinab und verstarb in Folge der erlittenen Verletzungen auf der Stelle. — Um dieselbe Zeit wurde ein Mann in seiner Wohnung Rheingebirgsstraße ertränkt vorgefunden. — An demselben Tage wurde der 8 Jahre alte Sohn des Bionierstraße Nr. 6 wohnhaften Schneiders Braunhold beim Ueberschreiten des Straßendamms von einem Bierwagen überfahren und erlitt hierbei einen Schädelbruch. Er wurde auf ärztliche Anordnung nach dem Elisabeth-Kinderspital gebracht. — Der Ruischer Obit wurde, als er um dieselbe Zeit auf dem Hof der Radefabrik-Gesellschaft in der Alexandrinenstraße Nr. 93 krankte Pferde bewegte, von einem schon gewordenen Pferde ins Gesicht geschlagen und bedeutend verletzt, so daß er nach dem Augusta-Hospital gebracht werden mußte. An demselben Tage verstarb ein junger Mann, in der Andreasstraße wohnhaft, sich mittelst Oelum zu vergiften. Er wurde noch lebend nach dem städtischen Krankenhaus im Friedrichshain gebracht. — Am 20. d. Mts., Nachmittags, fiel eine 75 Jahre alte Frau an der Ecke der Bell-Allianzstraße und des Blücherploges aus Unvorsichtigkeit die dort vom Straßendamms führenden zwei steinernen Stufen herab und verletzte sich dabei derart an der Nase, daß sie sich mittelst Drofsalbe nach ihrer Wohnung begeben mußte. — Am demselben Tage, Abends, verunglückte der Arbeiter Pöffe in der Roabiter Alleen-Brauerei dadurch, daß er beim Auslegen eines Riemens auf die Nemenischeibe eines Elevators mit dem rechten Fuß unter die Transmissionswelle gerieth und ihm dadurch die Knochen desselben zermalmt wurden. Der Verunglückte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus in Moabit. — Im Laufe des 10. d. Mts., entstanden an zwei Orten kleine Brände, welche von der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht wurden. — Oben fand am 11. d. Mts., Nachmittags, in einem Hause der Körnerstraße ein kleiner Brand statt, durch welchen einige Kleidungsstücke beschädigt wurden. Das Feuer wurde von Hausbewohnern gelöscht.

## Gerichts-Zeitung.

Der Betriebsdirektor der Großen Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, Herr v. Knoblauch, war wegen Lagerung von Steinen auf der Kronenstraße ohne polizeiliche Genehmigung durch Polizeimandat in eine kleine Geldstrafe genommen worden und hatte gegen die Strafbefehle Widerspruch erhoben. In Folge dessen gelangte die Sache vor der 15ten Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts zur Verhandlung. Dort wurde durch die stattgehabte Beweisaufnahme folgender Sachverhalt festgestellt: Anfangs September v. J. war auf die Aufforderung der Polizeibehörde an den Magistrat die Pferdebahn-Gesellschaft als Verpflichtete veranlaßt worden, an dem Straßensplaster in der Kronenstraße eine Reparatur vorzunehmen. Zu diesem Behufe hatte vor dem am 12. September v. J. stattgehabten Beginn der Arbeiten der Angeklagte dem Revier-Heurtenant auf einen Betrag die Anzeige erstattet und in dem qu. Schriftstück zugleich um die Genehmigung zur Lagerung der benötigten Steine auf dem Straßendamms ersucht. Nach der Befragung des betreffenden Polizeibeamten pflegt eine besondere schriftliche Genehmigung nicht ertheilt zu werden. Da die Ausführung der Reparaturen sich aus nicht bekannten Gründen verzögerte, so waren die gelagerten Steine länger als sonst üblich auf dem Plaster liegen geblieben, wodurch der Straßensplaster geschädigt worden ist. Den Vorstoß gegen § 71 des Straßensplaster-Reglements fand die Polizeibehörde gerade in diesen längeren Lagern, während die gedachte Strafbestimmung nur das Lagern von Steinen ohne polizeiliche Genehmigung verbietet. Der Gerichtshof erkannte daher, da vorliegend die nachgesuchte Genehmigung in der gewöhnlichen Weise ertheilt war und das längere Lagern der Steine nicht unter Strafe gestellt ist, auf Freisprechung des Angeklagten.

**Wie der Buchhändler D. Eiler Justiz ausübte.** Dem Buchhändler Eiler wurde eines Tages von seinem Personal die Mittheilung gemacht, daß der 11jährige Knabe Erich Herzberg bei einem seiner Einläufe in dem Eiler'schen Laden die Gelegenheit benutzte und sich eine auf dem Tische liegende Freimail angeeignet habe. Herr Eiler ließ sich den kleinen Thunichtlaut nach seiner Wohnung holen, nahm ihn mit nach seinem Privatstübchen und hielt ihm eine kräftige Vorlesung über das seltene Gebot. Dieses war nun gewiß ganz in der Ordnung, aber Herr Eiler überschritt seine Befugnisse als er den Mißthäter demassen mit Ohrfeigen regalierte, daß dessen Backen hoch aufschwollen und als er ihn nachträglich noch fast eine Stunde lang eingeschlossen hielt. Der einzige Jahre Ältere Bruder des Gezügigten, der sich nach dessen Schicksal und Verbleib erkundigen wollte, mußte unrichtigere Sache, aber ebenfalls mit einigen kräftigen Ohrfeigen versehen, unverrichteter Sache wieder abziehen. Für Herrn Eiler hatte dieser Akt der Lynchjustiz aber üble Folgen, denn gestern hatte er unter der Anklage der Mißhandlung und der Freiheitsberaubung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. zu erscheinen. Da die Beweisaufnahme lediglich den Thatbestand der Anklage bestätigte, so mußte Herr Eiler trotz seines bisher völlig tadellosen Lebenswandels bitter büßen, denn das Gericht verurtheilte ihn wegen der Freiheitsberaubung zu 2 Tagen Gefängnis, wegen der Mißhandlung zu 30 M. event. 3 Tagen Haft.

# Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Die Volksversammlung zum Strike der Stein- und Knopf- und Knapf- und Knopfmacher in Sachen des Strikes in der Marzell'schen Fabrik einberufen war, fand im großen Saale des Kellerschen Restaurants, Andreasstraße 21, statt. Der Vorsitzende der Kommission, Drechsler Julius Müller, theilte mit, daß der Strike-Kommission eine Antwort auf ihren Brief an Herrn Marzell noch nicht zugegangen sei. Die verschiedenen Gewerkschaften hier und außerhalb hätten Unterstützung zugesagt. Als in der hierauf folgenden Diskussion der Zimmerer Ziegwald (Mitglied der Zimmerer-Kommission) eine Unterstützung der Zimmerer in Aussicht stellte und zu einer festen Organisation mit den Worten aufforderte: „Das Kapital ist nur durch Kapital zu bekämpfen; der Arbeiter muß sich deshalb eine Organisation schaffen, denn wenn er erst hungernd und mit bleichen Wangen daselbst und hinausgeworfen wird“ erklärte der überwachende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst. Die Mitglieder der Strike-Kommission, an denen täglich Abends von 7-10 Uhr und Sonntag Vormittags von 9-11 Uhr die Unterstützungsgelder entnommen werden, befinden sich zur Zeit: Im Norden: Eisenerstraße, Ecke d. Al. Hamburgerstraße b. Volland; im Osten: Andreasstr. 44 b. Wierling und vor dem Stralauerthor 18 bei Nagel; im Süd-Osten: Ritterstraße 123 bei Sobole; im Süden: Alte Jakobstraße 105 bei Pfeifer; im Südwesten: Mittenwalderstraße 57 bei Schubert; im Süd-Osten: Raunynstraße 78 im Lokal, sowie beim Kassirer Herrn H. Scharf, Wendenstr. 2. Alle aus den Strike bezüglichen Zuschriften sind an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Jul. Müller, Raunynstr. 78, im Lokal, oder an den Schriftführer Herrn A. Fischer, Alte Jakobstraße 105 bei Pfeifer, zu adressieren. Am Dienstag, den 13. d. Mts., findet wieder eine Versammlung der Strikeenden und schon am darauffolgenden Tage, spätestens am Donnerstag, den 15. d. Mts., wieder eine allgemeine Arbeiter- oder Volksversammlung zur Besprechung des Strikes statt.

In den Industrie-Hallen in der Mariannenstr. 31-32 fand am Sonntag, den 11. Januar, eine Versammlung des Fachvereins der Gärtler und Berufsgenossen statt. In derselben hielt Herr Dr. Bohn über Vulkanismus und Erdbeben einen höchst interessanten Vortrag. Derselbe schilderte die Entstehung der Vulkane und deren Zusammenhang mit dem Innern der Erde, indem er dieses durch Aufzeichnungen den Anwesenden erklärlich machte. Ferner erklärte er die Thätigkeit derselben und wie rasch, daß bis jetzt noch keine bestimmte Anzeichen dem Ausbruch eines Vulkans vorangehen. Auf die Erdbeben übergreifend und hauptsächlich die letzten Ereignisse in Betracht ziehend, erklärt Dr. Bohn, daß das Erdbeben mit dem Ausbruch der Vulkane nichts zu thun hat, sondern auf einer unterirdischen höhlenreichen Gegend, und dem Zusammenbruch einer solchen zurückszuführen sei, und betonte zum Schluß, daß auch wir in Deutschland uns keiner zu großen Sorglosigkeit überlassen sollen, da es nicht ausgeschlossen sei, daß wir eines solchen Tages von da einem Ereignis überrollt werden könnten, z. B. habe der Vesuv Jahrhunderte pausiert, ehe er wieder in Thätigkeit getreten ist, was auch von unseren als ausgestorben geltenden Vulkanen der Fall sein könnte. Nachdem der Vortragende dem Referenten im Namen der Versammlung seinen Dank ausgesprochen, und letzterer einige an ihn gestellte Fragen beantwortet, kam Punkt 2, „Arbeitsnachweis“, zur Sprache. Derselbe wurde wiederum auf Vorschlag des Vorsitzenden abgelehnt, um in einer demnächst stattfindenden großen Gärtler-Versammlung, wozu die Meister und die Vorstände der Krankenkassen eingeladen würden, erledigt zu werden. Ein Antrag, die streikenden Arbeiter der Firma Venschow und Marzell zu unterstützen, wurde, nachdem sich alle Redner dafür ausgesprochen, angenommen und denselben 50 Mark bewilligt. Nachdem noch die Frage wegen Anschluß an die Zentralisation zur Sprache gekommen, wurde dieselbe auf Antrag Ballmüller auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Interessante Streikblätter auf die neugegründete „demokratische“ Partei und auf die erste Versammlung derselben im „Universum“ warfen die Verhandlungen der am Sonntag Vormittag bei Golle, Linienstr. 30, stattgehabten allgemeinen Volksversammlung, welche zwar gut besucht war, aber dem Schicksale der polizeilichen Auflösung verfiel. Auf Grund des vorliegenden, von der demokratischen Partei aufgestellten Programms, welches allerdings nur pro primo verfaßt ist, pro secundo aber vermehrt und verbessert werden soll, wurde eine interessante Diskussion des Neugeborenen vorgenommen und diese von den Vorkämpfern als ein Ableger der deutsch-freisinnigen Partei erklärt. Referent Dr. Engler, welcher erst Tags zuvor von einer Reise zurückgekehrt und demzufolge nicht genügend informiert war, außerdem an Unmöglichkeit litt, mußte sich auf nur kurze Ausführungen beschränken und es meiste der Diskussion überlassen, Marzell in die Verhältnisse zu bringen. Dennoch glaubte er den Vogel an seinen Federn erkannt zu haben und warnte davor, nicht allzuviel auf den schön klingenden Namen der neuen „Partei“ zu geben. Derselbe sei nur geeignet, das Volk zu zerstückeln, aber nicht, es zu befriedigen, da sie nicht die herrschenden Uebelstände zu beseitigen suche. Die Noth des Arbeiters komme daher, daß er für die notwendigen Lebensbedürfnisse mehr Kapital auszugeben gezwungen sei, als ihm auf anderer Seite wieder zuströme. In Folge dessen trete naturgemäß ein Zustand der Verarmung ein. Die Steuern schädigen den Arbeiter lange nicht so sehr, als

14 Tage der Arbeitslosigkeit. Auch Herr Gutsche war der Ansicht, daß man es der demokratischen Partei nie gelingen werde, einen Keil in die Arbeiterpartei zu treiben. Zwischen Wahrheit und Lüge gäbe es noch ein Mittelstück, die Gewerkschaft, und die neue Partei sei nichts weiter, als eine deutsch-freisinnige Gewerkschaft, bestimmt, die erhaltene Schlappe wieder gut zu machen und würde eocent. Falles mit fliegenden Fahnen zur deutsch-freisinnigen Partei übergehen. Nicht interessante Enthaltungen machte Herr Laske über die Vorgeschichte seines Präsidiums in der Mittwoch-Versammlung der demokratischen Partei im Unioerium. Besagte Versammlung war durch große Plakate an den Anschlagssäulen als „öffentliche“ Versammlung angekündigt, beim Polizeipräsidium aber als „Vereinsversammlung“ gemeldet worden. Demzufolge durfte nur ein „Vereinsmitglied“ den Vorsitz führen, was aber keine Schwierigkeiten hatte, da außer den „Stützern“ keine Mitglieder vorhanden waren. Als er (Laske) daher zum Vorsitzenden gewünscht wurde, mußte man ihn, um aus diesem Dilemma herauszubekommen, als „Mitglied“ in die Mitgliederliste des Vereins eintragen, da sonst die Versammlung aufgelöst worden wäre. Als er das übliche Eintrittsgeld entrichten wollte, wurde ihm bedeutet, daß dies nicht möglich sei, wahrscheinlich, bemerkte Herr Laske, in der frohen Zuversicht, daß man von ihm doch Nichts erhalten haben würde. Ueber die Partei respektive Verein urtheilte Herr Laske, daß das veröffentlichte Programm nur von der Arbeiterpartei entlehnt sei, welche schon seit Jahrzehnten für die hauptsächlichsten Forderungen derselben einträte. Man versuche nur unter demokratischer Maske Arbeiter in das deutsch-freisinnige Lager hinüberzulenken unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter, die unter drückenden politischen Verhältnissen leben glauben würden, sich dort freier bewegen zu können. In drastischer Weise kritisierte er sodann das demokratische Programm, verbreitete sich über englische Verhältnisse, über die Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit für politische Zwecke und äußerte sich dahin, daß man hier die wirtschaftliche von der politischen Frage niemals trennen, sondern stets gemeinsam behandeln würde. Hieraus löste der Vertreter der Polizei die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes auf.

Im Fachverein der Schneider hält am Dienstag, den 13. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in der Kommandantenstr. 20 Herr Dr. Heymann einen Vortrag über Bauernkriege und ihre Bedeutung, wozu auch Gäste Zutritt haben.

Im Gewerein Berliner Bildhauer, Annenstr. 16, findet heute Abend 9 Uhr die halbjährliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Kassenerichte, Kommissionsberichte und Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.

Die freie Vereinigung der Vergolder und Nachgeholfen hält ihre monatliche Versammlung Montag, den 19. Januar, Abends 8 einhalb Uhr, Inselstraße 10 ab, wozu alle Mitglieder und Kollegen freundlichst eingeladen sind.

Die Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin, findet am Mittwoch, den 14. d. M., Inselstr. 10 II. im Saale des Herrn Schäfer, statt, Abends 8 einhalb Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Kassenericht, 3. Beschiedenes, 4. Fragelosen. Gäste (Zimmerer) haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.

## Vermischtes.

Ein geriebener Ausbrecher. Ein gefährlicher Arrestant ist dieser Tage in St. Petersburg entsprungen. Derselbe heißt Jwan Jelissejew; er steht unter der Anklage, 2000 Rubel aus dem Alexander-Kenski-Kloster entwandt und außerdem einen Raubmord auf dem Schlüsselburger Prospekt begangen zu haben, wobei er seinem Opfer 6000 Rubel abnahm. Dieser Jelissejew wurde (wie „Pet. Listol“ berichtet) dieser Tage vor den Untersuchungsrichter des 10. Bezirks geführt, um von diesem verurteilt zu werden. Während der Untersuchungshaft hatte er seinen Bart stehen lassen. Als man ihn aus dem Haftlokal abführte, umschlang er unter dem Vorwande, daß ihm kalt sei, den unteren Theil des Gesichtes mit einem Tuch, so daß der Bart nicht sichtbar war; zugleich drückte er seine Hände tief ins Gesicht, so daß die ihn abführenden zwei Soldaten auch nicht einmal seine Physiognomie sehen konnten. Vor dem Amtslokal des Untersuchungsrichters angekommen, posirten sich die Soldaten vor dem Eingang, während Jelissejew eintrat. Nach dem Verhör bat er den Untersuchungsrichter, er möge ihn den Verhaftungspapieren durchlesen lassen, auf Grund dessen die Anklage gegen ihn erhoben werde. Der Untersuchungsrichter überreichte ihm das Strafgesetzbuch. Unter dem Vorwande, daß das grelle Licht ihn blende, setzte sich Jelissejew, um lesen zu können, eine blaue Brille auf, die er späterhin auch nicht mehr abnahm. Der Untersuchungsrichter händigte ihm sodann den Passirschein ein, und Jelissejew verließ das Lokal. Das Tuch, mit dem er früher sein Gesicht umwunden hatte, hatte er jetzt in die Tasche seines Paletots gesteckt; dem Anschein nach eisdigte den Passirschein durchlesend, ging er an den beiden Soldaten, die nach wie vor beim Ausgang standen, ruhig vorüber; letztere hielten ihn wegen der blauveränderten Mäße, die er trug, und wegen der blauen Brille, die er aufgesetzt hatte, für einen beim Untersuchungsrichter in Dienst stehenden Beamten, und so gelang es ihm, unbehelligt zu entkommen.

Schiffverluste im Jahre 1884. In Folge des im Vergleich zu den Vorjahren verhältnismäßig wenig stürmischen Wetters haben im Jahre 1884 411 Schiffbrüche weniger stattgefunden, als in 1883. Aber wenn auch die in Folge der

Bitterungseinstöße geschehenen Schiffsunfälle abgenommen sind, so weisen andererseits die aus anderen Ursachen, wie Kollisionen, die sich in erschreckender Weise von Jahr zu Jahr vermehren, eine Zunahme auf. Die Zahl der durch Kollisionen herbeigeführten Unfälle betrug in 1884 beinahe 200, bei welchen in mehr als 120 Fällen ein Verlust des einen oder beider Schiffe die Folge war. Mehr als 130 Schiffe britischer Nationalität sind durch Kollision, zum größten Theile an den englischen Küsten, zum Sinken gebracht, doch konnten ein Theil derselben später wieder gehoben werden. Die Zahl der Schiffbrüche betrug 1884 1589, von denen 776 britische Schiffe betrafen; an den Küsten von England, Schottland und Irland sanken 359 Schiffe, davon 322 englische, gegen resp. 522 und 4 im Vorjahre. Die nachstehende Tabelle zeigt die Schiffverluste während der letzten fünf Jahre:

Jahr	Gesamtzahl der Schiffbrüche	Britische Schiffe	Verluste an den britischen Küsten	Verluste an fremden Küsten
1884	1589	776	359	3000
1883	2000	948	522	4200
1882	1790	945	576	4129
1881	2039	1048	626	4194
1880	1680	913	480	4000
Zusammen 9088	4630	2763	19436	

Von unseren Taubstummen. Das Bild, welches die Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung“ von den Taubstummenanstalten giebt, wird manchen Leser überraschen, welcher vielleicht hier zum ersten Male erfährt, daß jetzt in allen Taubstummenschulen der gesamten Monarchie es so stehen wird, wie beim Unterrichte vollstäniger Kinder und daß jene künstliche Gebardensprache, welche allerdings wir ja oft genug auf der Straße sehen, z. B. noch das Verständigungsmittel der Taubstummen unter einander bildet, ihren Schulen überall verschwunden ist. Ein hundertjähriger Weltstreit zweier Unterrichtsweisen, welche nach der Heimkehr Meißer gewöhnlich als die französische und deutsche bezeichnet werden, hat nach manchen, zeitweilen vertheilten Schwankungen zum Siege der letzteren geführt. Vor reichlich einhundert Jahren ist der Abbé Charles Michel de l'Épée zu Paris, welcher sein Jansenismus wegen sein Parramt hatte ausgeben müßte, erst Paris, dann Frankreich, zuletzt ganz Europa durch Erfolge in Statten, welche er in der von ihm errichteten Taubstummen-Anstalt unter Anwendung einer von ihm selbst ausgebildeten Gebardensprache erzielte. Diese Erfolge haben aber doch den Mangel, daß sie mehr dazu dienten, dem taubstummen Kinde ein allerdings nicht geringes Maß allgemeiner Bildung zu geben, als seine Gewerbsfähigkeit zu begründen und daß sie es nicht aus der Isolierung befreiten, in welche durch den Mangel des Gehörs und der Sprache gefaßt. Diesen Mängeln zu begegnen, war das Bemühen von Samuel Heinicke, einem sächsischen Bauernschne, welcher schon als meiner Soldat im sächsischen Heere taubstumme Kinder unterrichtet hatte, später als Kantor und Lehrer zu Eppendorf bei Hamburg es unternahm, ihnen die Sprache, welche die vollstänigen mittelst des Gehörs lernen, durch Hilfe der anderen vier Sinne zu führen. Ein von ihm unterrichteter Knabe sprach bei seiner Einsegnung das Glaubensbekenntnis wie die anderen Kinder. Nun entbrannte ein heftiger Streit zwischen beiden Männern; der Kampf war ungleich. Auf der einen Seite stand der vermögende, sein gebildete Franzose mit in seiner blühenden Anstalt, getragen vom Beifalle der Angehörigen aller Nationen; auf der anderen Seite der deutsch-vermögenslose Autodidakt, anfangs in einem einfachen Dörfchen in Leipzig, aber auch dort fast ohne jede Unterstützung durch seine eigenen Landsleute. Obenein hatte Josef II. zu Wien eine Taubstummenanstalt begründet, wozu er ihrer Leitung zwei Schüler Epée's beriefen. So geschah, daß die steife Durchföhrung der Heinicke'schen Methode, wie sie technisch bezeichnet wird, der reinen Artikulationsmethode, den Begründer selbst nicht überdauerte. Seine eigenen Schüler hielten ab. Großer Ruhm war ihrer Wiederbelebung erforderlich; unermüdete Mühen und selbstlose Hingabe allein konnten ihr den Erfolg sichern, aber in stiller, vor den meisten Zeitgenossen, selbst vor der Zahl der Pädagogen kaum beachteter Arbeit hat der Fleiß der deutschen Schulmeister's gefiegt, und vor zwei Jahrzehnten gab es mehr als eine deutsche Taubstummenanstalt, in denen oberen Klassen ein Fremder dem Unterrichte geraume Zeit zubringen konnte, ohne zu erahnen, daß er nicht bei vollstänigen Kindern wäre. Nach diesen Erfahrungen ist die Artikulationsmethode in den Schulen des preussischen Staates allgemein aufgenommen und demnächst im September 1880 auf dem internationalen Taubstummenlehrer-Kongresse zu Mailand von den Vertretern aller gebildeten Nationen als die allein zum Ziele föhrende erkannt worden. Im Jahre 1884 bestanden allein in Preussen 96 Anstalten und Schulen mit 463 Lehrern und Lehrern und 3991 Schülern.

## Briefkasten der Redaktion.

A. R. Techniker. Sie werden binnen einigen Tagen den Betrag der etwas schwierigen Frage Antwort erhalten.  
R. Fröhl. Nach dem geschilderten Sachverhältnis hat Sie nicht für den Verlust des Buches.  
A. B. C. Es kommt auf die Bestimmungen in der Schulurkunde, welche der Hypothek zu Grunde liegt, an, sie Sinsen zu verlangen berechtigt sind.

## Theater.

- Königliches Opernhaus:**  
Heute: Joor und Zimmernann.
- Königliches Schauspielhaus:**  
Heute: Karjsh.
- Deutsches Theater:**  
Heute: Der Weg zum Herzen.
- Bellevalliance-Theater:**  
Heute: Der Raub der Sabinerinnen, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönthan.
- König Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:**  
Heute: Casparone.
- Central-Theater:**  
Heute: Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.  
Heute: Der Walzer-König.
- Rehens-Theater:**  
Direktion Anton Anno.  
Heute: Der Club.
- Waldhalla-Operetten-Theater:**  
Heute: Der Feldprediger.
- König Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:**  
Heute: Jenny Waldmann.
- Odeon-Theater:**  
Heute: Der Prinz von Monte Plasco.
- Wallner-Theater:**  
Heute: Der Kompagnon.
- Victoria-Theater:**  
Heute: Sulfutina.
- Alhambra-Theater.**  
Heute: Die Gallophen des Glücks.

**Preussische Loose:** 16. Jan. — 31. Jan.  
Original 1/2 154 Mark, 1/4 72 Mark.  
Antheile 1/8 30 Mk., 1/16 15 Mk., 1/32 7,50 Mk., 1/64 4 Mk.

**Borchardt Gebr.,** 1. Geschäft Friedrichstraße 61, Telephon 3158  
2. „ Königstr. 1, Ecke Burgstr. „ 480

Durch die Geburt eines tothen Jungen wurden erfreut  
P. Rude und Frau.  
Berlin, den 12. Januar 1885.

**Achtung, Metallarbeiter!**

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß sich die Arbeiter der A. Joseph'schen Fabrik wegen Verlängerung der Arbeitszeit im Strike befinden und bitten wir jeden Zugug dahin fernzuhalten.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- u. Dampfarmaturen.  
F. A.: Der Vorstand. 62

**Jede Tischlerarbeit** wird billig und sauber ausgeführt bei  
A. Gaertner, Tischlermeister, Admiralstr. 17, S. 2 Tr.

Die Nr. 12 der humoristischen Blätter  
**„Der wahre Jacob“**  
ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben

**Selbstunterricht**  
in der  
einfachen und doppelten kaufmännischen  
**Buchführung**  
und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur  
doppelten Buchmethode.  
Von  
**C. Schmidt, Lehrer d. Handelswissenschaften**  
Preis Mk. 1,50.  
Zu beziehen durch die Expedition des „Berl. Volksblatt“  
Zimmerstraße 44.